

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Russland und Deutschland

Andreas Heinemann-Grüder

KALTER KRIEG ODER
NEUE OSTPOLITIK?
ANSÄTZE DEUTSCHER
RUSSLANDPOLITIK

Aschot L. Manutscharjan

RUSSLANDS WEG IN DIE
„POSTWESTLICHE WELT“

Gemma Pörzgen

INFORMATIONSKRIEG
IN DEUTSCHLAND?
ZUR GEFAHR RUSSISCHER
DESINFORMATION IM
BUNDESTAGSWAHLJAHR

Felix Riefer

DIE ERZÄHLUNG VOM
ENDE DER SOWJETUNION
ALS AUSSENPOLITISCHER
REFERENZPUNKT

Jens Ebert

STALINGRAD:
GEMEINSAME ERFAHRUNG,
GETRENNTES ERINNERN?

Manfred Sapper

MEHR EXPERTISE WAGEN.
RUSSLAND- UND
OSTEUROPAKOMPETENZ
IN DEUTSCHLAND

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

Russland und Deutschland

APuZ 21–22/2017

ANDREAS HEINEMANN-GRÜDER

**KALTER KRIEG ODER NEUE OSTPOLITIK?
ANSÄTZE DEUTSCHER RUSSLANDPOLITIK**

Es gibt verschiedene Vorstellungen davon, wie die deutsche Politik Russland begegnen sollte. Aber wenn die entscheidende Triebkraft für das russische Außenverhalten in dessen Innenpolitik liegt, ist eine kooperative Außenpolitik nur nach einem Regimewandel realistisch.

Seite 4–10

ASCHOT L. MANUTSCHARJAN

**RUSSLANDS WEG IN DIE
„POSTWESTLICHE WELT“**

Getrieben von einer überzogenen Bedrohungswahrnehmung inszeniert sich Moskau als Gegenspieler westlicher Werte und entwirft das Szenario einer „postwestlichen“ Weltordnung. Für Deutschland gibt es dennoch Hoffnung auf eine Verbesserung der Beziehungen.

Seite 11–15

GEMMA PÖRZGEN

**INFORMATIONSKRIEG IN DEUTSCHLAND?
ZUR GEFAHR RUSSISCHER DESINFORMATION
IM BUNDESTAGSWAHLJAHR**

Seit dem „Fall Lisa“ und verstärkt seit dem Vorwurf von US-Geheimdiensten, Russland habe die jüngste Präsidentschaftswahl in den USA beeinflusst, ist auch in Deutschland die Sorge vor Desinformation aus russischen Quellen gewachsen. Ist sie begründet oder übertrieben?

Seite 16–21

FELIX RIEFER

**DIE ERZÄHLUNG VOM ENDE DER
SOWJETUNION ALS AUSSENPOLITISCHER
REFERENZPUNKT**

Wie konnte aus Gorbatschows Öffnungspolitik die heutige Interpretation vom Ende der Sowjetunion als „größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ werden? Welche Rolle spielt der Einsatz historischer Narrative in der russischen Außenpolitik?

Seite 22–26

JENS EBERT

**STALINGRAD: GEMEINSAME ERFAHRUNG,
GETRENNTES ERINNERN?**

Obgleich andere Schlachten bedeutender gewesen sein mögen, hat sich „Stalingrad“ in das europäische Bewusstsein tief eingegraben. Die ideologische Überhöhung der Schlacht fand nach dem Krieg eine erinnerungskulturelle Fortsetzung. Ist heute gemeinsames Gedenken möglich?

Seite 27–32

MANFRED SAPPER

**MEHR EXPERTISE WAGEN.
RUSSLAND- UND OSTEUROPAKOMPETENZ
IN DEUTSCHLAND**

Nach dem Ende der Sowjetunion hat die Russlandexpertise in Deutschland massiv abgenommen: Lehrstühle wurden umgewidmet, Institute geschlossen. Rund um die Annexion der Krim fiel auf, dass grundlegendes Wissen fehlt. Der Wiederaufbau ist mühsam und braucht Zeit.

Seite 33–38

EDITORIAL

Deutschland und Russland verbindet eine lange und wechselvolle Geschichte. Gegenseitige Bewunderung und Abneigung, Idealisierung und Dämonisierung spielten darin immer eine Rolle, und das häufig zugleich und nebeneinander. Auf offizieller staatlicher Ebene hat sich das deutsch-russische Verhältnis in den vergangenen Jahren deutlich abgekühlt: Spätestens seit der Annexion der Krim durch Russland im März 2014 und dem Krieg in der Ostukraine gilt es als gestört. Beim Gipfel zwischen Präsident Wladimir Putin und Bundeskanzlerin Angela Merkel Anfang Mai 2017 in Sotschi wurde es schon als Erfolg gewertet, dass man überhaupt miteinander spricht.

Die Haltung gegenüber Russland polarisiert in Deutschland über Parteigrenzen hinweg. Während einige ein Ende der europäischen Sanktionspolitik fordern und Russland zu Unrecht in die Rolle des Parias gedrängt sehen, plädieren andere für Unnachgiebigkeit, da sie Ost und West bereits in einem neuen Systemkonflikt zwischen Autoritarismus und Demokratie wähen. Als Belege dafür werden unter anderem die mutmaßlich russischen Hackerangriffe gesehen, durch die sowohl im US-amerikanischen als auch im französischen Präsidentschaftswahlkampf ausschließlich diejenigen Kandidaten kompromittiert wurden, die Putin eher kritisch gegenüberstehen.

Tatsächlich sprechen russische Regierungsvertreter offen von einer „post-westlichen Weltordnung“ und inszenieren ihr Land als Führungsmacht, die für die Bewahrung von traditionellen Werten einstehe, die dem Westen verloren gegangen seien. Dieses Selbstverständnis rührt an den Kern offener Gesellschaften. Seit der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten ist die Verantwortung, die Europa – und insbesondere auch Deutschland – bei der Verteidigung freiheitlicher Werte zukommt, nicht kleiner geworden.

Johannes Piepenbrink

KALTER KRIEG ODER NEUE OSTPOLITIK?

Ansätze deutscher Russlandpolitik

Andreas Heinemann-Grüder

Das Verhältnis zu Russland spaltet die politischen Parteien, die Öffentlichkeit und die Sozialwissenschaftler, insbesondere seit der russischen Annexion der Krim und dem Krieg in der Ostukraine. Im Ukraine Konflikt kulminierten unter anderem tiefer liegende Probleme der deutschen und europäischen Ostpolitik, die sich über Jahre hinweg aufgebaut hatten. So hat es nach Auflösung der Sowjetunion 1991 nie einen Konsens über die Zielvorstellung der Russlandpolitik gegeben: Sollte Russland als Teil Europas, als Partner oder als Gegner betrachtet werden? Niemand hierzulande konnte sich Russland als EU- oder NATO-Mitglied vorstellen, und solange es schwach war, galt es als *quantité négligeable*. Umgekehrt machte es auch die russische Politik den Deutschen und Europäern schwer, eine klare Haltung zu entwickeln, denn was die politische Elite Russlands jenseits ihrer Überlegenheits- und Unterlegenheitskomplexe bewegte, war kaum auszumachen. Wollte Russland ein Teil Europas sein oder als euro-asiatische Macht ein Gegengewicht bilden?

Das Regime des russischen Präsidenten Wladimir Putin steht unter internem und externem Erfolgszwang; Außenpolitik ist für ihn somit auch eine Fortsetzung der Innenpolitik. Teile der russischen politischen Elite befinden sich mental offenbar in einem Kriegszustand mit dem Westen und sehen Politik als eine Form der Kriegführung. Die gegenwärtige Politik Russlands kombiniert zaristische, bolschewistische und euro-asiatische Traditionslinien. Eine Wertegemeinschaft mit der EU ist damit nicht mehr gegeben. Welche Kosten-Nutzen-Kalküle das Verhalten des Machtzirkels um Putin bestimmen, können externe Beobachter allerdings nur erahnen. Der Kreis der Entscheidungsbeteiligten ist heute kleiner als zu Sowjetzeiten, die Intransparenz aber ist vergleichbar.

Die Einschätzungen, ob Russland mit seiner militärischen, geheimdienstlichen und medialen Einflussnahme in den zurückliegenden Jahren an

„Gestaltungsmacht“ gewonnen hat, gehen auseinander. Russland hat an Sichtbarkeit, an Veto- und Chaosmacht im postsowjetischen Raum, im Nahen Osten und auf dem westlichen Balkan gewonnen, aber strategisch könnte das Regime Putins eher Verlierer sein, denn die Aussichten für die von ihm favorisierte Euro-Asiatische Union haben sich infolge des Ukraine Konfliktes vermindert, das russische Kapital flieht, und selbst autoritäre Nachbarn wie Kasachstan und Belarus sind misstrauisch geworden. Zudem ist Russland außenpolitisch von den gegensätzlichen Interessen seiner „Partner“ Iran, Syrien, Hizbollah und Ägypten abhängig.

UNTERSCHIEDLICHE ANTWORTEN

Aus der Wahrnehmung des putinschen Regimes werden in Deutschland (und darüber hinaus) unterschiedliche Schlussfolgerungen gezogen – es gibt sowohl Plädoyers für Entspannung als auch für Eindämmung und Abschreckung sowie schließlich auch solche, sich für einen Regimewandel einzusetzen. Angesichts der Sorge vor einer militärischen Konfrontation sind die westlichen Reaktionen auf die russische Politik von einer Mischung aus diplomatischer Deeskalation und militärischer Versicherung der neuen NATO-Mitglieder in Mittel- und Südosteuropa geprägt.

Eine Sichtweise, der zufolge Putin nur aufgrund von gekränktem Narzissmus handelt, hofft auf eine Wiederannäherung. Spannungen zwischen Deutschland und Russland wären demnach allein ein Kommunikationsproblem. Doch die Psychologisierung des russischen Verhaltens bietet kaum Anlass zur Beruhigung: Letztlich bedeutet sie, dass es im politischen System Russlands an verlässlichen Regeln fehlt und es die Bereitschaft gibt, eine Politik militärischer Eskalation zu verfolgen. Welche Art von Außen- und Sicherheitspolitik ist also mit und gegenüber einer Großmacht wie Russland möglich, die seit

gut zehn Jahren einen antiwestlichen Kurs verfolgt? Aufgrund unterschiedlicher Weltanschauungen, Paradigmen und konträrer Lektionen aus dem Kalten Krieg sind die Ansichten hierzu gespalten. Russland ist daran nicht unbeteiligt, denn es wirkt über soziale Medien, globale Fernsehkanäle wie RT (ehemals „Russia Today“) und die Unterstützung antiliberaler, antieuropäischer und rechtspopulistischer Parteien auf die Meinungsbildung in westlichen Staaten ein.

Für einige mittelosteuropäische Staaten und konservative Militärs in der NATO verkörpert Putins Russland eine Fortsetzung des zaristischen und sowjetischen Imperialismus. Konträr dazu werden am rechten und linken Rand des politischen Spektrums russische Feindbilder von der Ukraine, der NATO oder der EU im Sinne einer pauschalen Schuldzuweisung an „den Westen“ übernommen. Die NATO-Erweiterung, der Kosovokrieg, der Irakkrieg, die Libyenintervention, die westliche Syrienpolitik und ein militärischer und wirtschaftlicher „Drang nach Osten“ dienen dann der Entlastung von Russland, das vermeintlich nur auf westlichen Expansionismus reagiere.⁰¹

Von Willy Brandt und Helmut Schmidt über Helmut Kohl bis zu Gerhard Schröder traten deutsche Kanzler als verlässliche Fürsprecher russischer Befindlichkeiten auf. Aufgrund der doppelten Vergangenheit des Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion und der Ermöglichung deutscher Einheit empfanden deutsche Politiker lange Zeit eine Bringschuld. Mit Ausnahme der Grünen (contra) und der Linken (pro) sind die Parteien heute intern uneins, ob deutsche Russlandpolitik die ältere Entspannungspolitik fortsetzen oder auf Abwehr setzen soll. Vertreter eines „Wandels durch Annäherung“ werben um Verständnis, sie beschwören die Gefahr eines großen Krieges und wähen das Haupthindernis in der Dämonisierung Putins. Deutsche Russlandpolitik sah sich zudem lang in der Rolle eines Entwicklungshelfers: Russland sollte durch deutsches Wirken moderner, effizienter und rechtsstaatlicher werden.⁰²

Manche Interessen und Botschaften Russlands sind in der jüngeren Vergangenheit in der Tat missachtet beziehungsweise fehlgedeutet worden; insbesondere die Kränkung der politischen Eliten über den Statusverlust nach der Auflösung der Sowjetunion und die Wahrnehmung der NATO-Erweiterung seit den 1990er Jahren wurden im Westen unterschätzt. Doch die Vorstellung, es habe gar keinen Dialog mit Russland gegeben, ist eine Legende. Russland hatte ausreichend Gelegenheit, seine Positionen vorzutragen: im Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), im UN-Sicherheitsrat, im NATO-Russland-Rat, auf der Münchner Sicherheitskonferenz, beim Treffen der G8-Regierungschefs, in G20-Runden, in den Verhandlungen mit der EU – bis vor zehn Jahren sprachen beide Seiten noch von einer strategischen Partnerschaft – und bilateral bei den Deutsch-Russischen Regierungskonsultationen oder im Petersburger Dialog. Die Vertreter Russlands taten dies zunehmend in bewusster Abgrenzung. Russland versteht eine „Politik auf Augenhöhe“ als Anerkennung eines Status, der allen anderen 28 EU-Staaten und den USA zusammengenommen entspreche.

Zwischen den heterogenen Kräften in Deutschland und Europa, die ihre je eigene Agenda auf Putin projizieren, hat sich eine eigentümliche Allianz herausgebildet, die das klassische Linksrechts-Schema unterläuft. Ihre Gemeinsamkeiten liegen im Antiamerikanismus, in der Geringschätzung für die Mittelosteuropäer, in der Anerkennung Russlands als „Gestaltungsmacht“ und im Appeasement gegenüber Putins Eskalationsdominanz. Antiimperialisten und Antiamerikaner finden in Putin einen potenten Bündnispartner in der Gegnerschaft zur NATO. In der Partei Die Linke sammeln sich Kräfte, die in Putin einen Verbündeten im Kampf gegen den „Ukro-Faschismus“ und die Dominanz der EU sehen.⁰³ Rechtspopulisten erkennen wiederum ihre Gemeinsamkeit mit Putin in der Ablehnung einer offenen Gesellschaft, im Schutz von Volk

01 Vgl. Peter Strutynski (Hrsg.), Ein Spiel mit dem Feuer. Die Ukraine, Russland und der Westen. Köln 2014.

02 Vgl. Renate Köcher, Das Russlandbild der Deutschen – das Deutschlandbild der Russen. Ergebnisse repräsentativer Bevölkerungsumfragen in Deutschland und Russland, Pressekonferenz des Petersburger Dialogs mit dem Deutsch-Russischen Forum und dem

Institut für Demoskopie Allensbach, 18.9.2008, www.deutsch-russisches-forum.de/20jahre/tl_files/drf/material/2008/Studie_Russlandbild_Praesentation-dt.pdf.

03 Vgl. Josef Joffe, Die bizarre Russland-Apologik der Linken, 19.3.2014, www.zeit.de/politik/deutschland/2014-03/sahra-wagenknecht-krim-russland; Sahra Wagenknecht, Rot-Rot-Grün: Politik- statt Personalwechsel, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2015, S. 73–81.

und Staat und konservativen Familienwerten, in der Ablehnung von Homosexualität sowie von Geschlechtergerechtigkeit. Das russische Regime wiederum bemüht sich, seine rechtsextremen Freunde in einer Internationale zu vereinen.⁰⁴

Neben den Parteien wirken auch nichtstaatliche Akteure auf die deutsch-russischen Beziehungen ein. Zwischen den Wirtschaftseliten beider Länder hat sich eine gewisse Interessenkonvergenz herausgebildet. Es gibt in Russland gegenwärtig rund 5200 Unternehmen mit einer deutschen Kapitalbeteiligung,⁰⁵ die von niedrigen Löhnen und Vergünstigungen wie etwa Steuererleichterungen profitieren. In Rankings zu Investitionsbedingungen liegt Russland wegen seiner Bürokratie und der notorischen Korruption zwar auf hinteren Rängen, und deutsche Unternehmen beklagen den russischen Fachkräftemangel, erwarten Reformen beim Zoll, bei Genehmigungs- und Zertifizierungsverfahren, bei der Bekämpfung des Protektionismus und der Visavergabe – aber dennoch wird das Geschäftsklima überwiegend positiv beurteilt.⁰⁶ Entsprechend setzt sich der Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft für die Aufhebung der Russland-Sanktionen ein: diese hätten nichts gebracht und nur Kosten verursacht.⁰⁷ Vor dem Deutsch-Russischen Forum im Mai 2016 machte sich der damalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier das Votum für eine Lockerung der Sanktionen zu eigen.⁰⁸ Tatsächlich ist das bilaterale Handelsvolumen seit 2012 von 80 Milliarden auf 47 Milliarden Euro zwischen Januar und November 2016 gesunken.⁰⁹ Für den Rückgang der Exporte nach Russland sind jedoch insbesondere die niedrigen Gas- und Ölpreise entscheidend, nicht die Sanktionen.

04 Vgl. Benjamin Bidder, Russlands rechte Freunde, 4. 2. 2016, www.spiegel.de/politik/ausland/a-1075461.html.

05 Vgl. Auswärtiges Amt, Länderinformationen zur Russischen Föderation, www.auswaertiges-amt.de, Stand: März 2017.

06 Vgl. 10. Geschäftsklimaumfrage des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft und der Deutsch-Russischen Außenhandelskammer, 10. 2. 2013, www.ost-ausschuss.de/deutsche-unternehmen-russland-optimistisch.

07 Vgl. Ende der Sanktionen gegen Russland gefordert, 21. 11. 2016, www.zeit.de/wirtschaft/2016-11/sanktionen-russland-ost-ausschuss-deutsche-wirtschaft.

08 Vgl. Steven Geyer, Steinmeier kündigt Kursänderung bei Russland-Sanktionen an, 30. 5. 2016, www.ksta.de/politik/deutsch-russisches-forum-steinmeier-kuendigt-kursaenderung-bei-russland-sanktionen-an-24144300.

09 Vgl. Auswärtiges Amt (Anm. 5).

Eine Vielzahl von Organisationen ist im Schüler- und Jugendaustausch, im Wissenschaftsaustausch und in Städtepartnerschaften aktiv. Auch deutsche Wissenschaftsorganisationen engagieren sich tatkräftig. Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) ermöglicht fast 1900 Deutschen pro Jahr einen Aufenthalt in Russland, über doppelt so viele russische Akademiker kommen nach Deutschland¹⁰ – es ist das Topstudienland für Russen. Wenn Russland stärker in Wissenschaft, Forschung und Entwicklung investieren würde, wären die Beziehungen freilich weniger asymmetrisch.

ENTSPANNUNG, EINDÄMMUNG ODER REGIMEWANDEL?

Je nach zugrunde liegendem Paradigma lassen sich drei prinzipielle Optionen für eine Politik gegenüber Russland unterscheiden. Vereinfacht gesprochen, stehen sich eine entspannungspolitische, eine realistische und eine regimetheoretische Lesart gegenüber. Die entspannungspolitische Sicht setzt auf Wandel durch Annäherung, die realistische baut auf Eindämmung und Abschreckung, die regimetheoretische Perspektive meint, dass sich die russische Außenpolitik nur infolge eines inneren Regimewandels ändern wird.

Wandel durch Annäherung

Für einen Dialog mit Russland lassen sich gewichtige Argumente vorbringen, dazu gehört die Einhegung von militärischen Eskalationsrisiken an der Nahtstelle zur NATO sowie im Ukraine- und im Syrienkonflikt, die Notwendigkeit von Rüstungskontrolle, das humanitäre Konfliktmanagement und die Zusammenarbeit in der Bekämpfung von Terror und gegen die Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln. Ein Grund für Entspannung ist die Befürchtung, dass Kritik russische Feindbilder verstärkt, dass die russische Bevölkerung sich weiter von Europa entfremdet und den russischen Hardlinern unnötig Argumente geliefert werden. So setzte Frank-Walter Steinmeier während seiner ersten Amtszeit als Außenminister von 2005 bis 2009 auf eine „Modernisierungspartnerschaft“, um die wirt-

10 Siehe www.daad.de/laenderinformationen/russische-foederation.

schaftliche, soziale und politische Leistungsfähigkeit Russlands zu stärken. Freilich setzten sich in Russland die Hardliner anstelle der „Modernisierungspartner“ um den seinerzeitigen Präsidenten Dmitri Medwedew durch, weil die Partnerschaft mit der EU als bedrohlich für das eigene Regime überleben angesehen wurde.¹¹

Eine pragmatische Version der Entspannungspolitik plädiert für eine gesamteuropäische Ordnung, die die russische Innenpolitik außen vor lässt, sich auf den Aufbau leistungsfähiger Staatlichkeit konzentriert (anstelle von Demokratie, Menschenrechten und freien Medien), Wirtschaftsbeziehungen pflegt, die transformativen Ambitionen der EU reduziert und die OSZE revitalisiert.¹² Die Vorstellung, Russlands Regime könne vor Kritik an Demokratiedefiziten, Menschenrechtsverletzungen und äußerer Aggression geschützt werden, um die Beziehungen zu entspannen, mutet jedoch unwirklich an. Kommunikative Räume und normative Diskurse lassen sich heute nicht mehr durch einen „eisernen Vorhang“ begrenzen.

Der Appell zur Mäßigung erscheint insofern wirklichkeitsfremd, weil sich demokratische und autoritäre Weltansichten gegenüberstehen und hinter der russischen Abwehr von Demokratie gewichtige politische Interessen stehen. Das Plädoyer für eine Rückkehr zur Entspannungspolitik verkennt, dass die europäische Staatenwelt seit 1989 auf der Freiheit der Wahl beruht und sich die nicht-russischen Völker Osteuropas für Selbstbestimmung entschieden haben. Die Vertreter der Entspannungspolitik bleiben der Logik des Kalten Krieges verhaftet, wenn sie von unverrückbaren Einflussphären ausgehen.

Zweifellos sind Foren für das Aushandeln wirtschaftlicher Interessen vonnöten, doch hat die wirtschaftliche – vor allem die energiewirtschaftliche – Verflechtung mit Russland weder einen sicherheits- oder friedenspolitischen Effekt gezeigt, noch hat sie zum Aufbau einer gesamteuropäischen Ordnung beigetragen. Die engen Handelsverbindungen haben die russische Regierung nicht davon abgehalten, eine aggressive

Außenpolitik zu verfolgen. Wenn es die Notwendigkeit für Entspannungspolitik gibt, dann wohl am dringlichsten in der Sicherheitspolitik, das heißt bei der Rüstungskontrolle, für vertrauensbildende Maßnahmen und für Kooperation in Regionalkonflikten sowie im Kampf gegen Terroristen.

Eindämmung und Abschreckung

Eindämmung zielt darauf, einem weiteren Ausgreifen Russlands Einhalt zu gebieten. Für den Fall einer erneuten Eskalation der Gewalt in der Ostukraine könnte zum Beispiel das bestehende Sanktionsregime um Export-, Import- und Finanzsanktionen und um Waffenlieferungen erweitert werden.¹³ Eindämmung würde Putins Kalkül unterminieren: Der Westen würde keine Schwäche zeigen, die „Sanktionsfront“ bliebe geschlossen, und zwischen den USA und der EU käme es nicht zu einer Spaltung. Teil dieser Politik wäre es, den Status quo zu akzeptieren, das heißt die Annexion der Krim und die Existenz der selbstproklamierten „Unabhängigen Volksrepubliken“ im Donbass. Das bedeutete jedoch nicht, diese auch juristisch anzuerkennen. Der Eindämmung entspräche es, die Abhängigkeit der EU von Gaslieferungen aus Russland durch Diversifizierung der Importe oder durch Substitution zu überwinden – sich also um Öl und Gas aus anderen Ländern oder andere Energieträger zu bemühen. Schließlich würde Eindämmung heißen, künftigen EU-Assoziierungskandidaten politische, wirtschaftliche und militärische Hilfe für den Fall russischer Intervention zu gewähren.

Das realistische Paradigma geht davon aus, dass Putins Machtpolitik nicht mit Normen begegnet werden kann. Realisten argumentieren daher entweder zynisch und fatalistisch – Putins Machtpolitik sei Ausdruck der ewiggleichen internationalen Beziehungen – oder sie rufen zu robuster Gegenwehr auf. Diejenigen, die Letzteres tun, plädieren dafür, sich auf die Regeln der „alten Ordnung“ einzustellen: Demnach agiere Russlands Regierung aggressiv und imperial nach außen und autoritär nach innen. Folglich sei es an der Zeit, sich auch militärisch auf noch schlimmere Gewalt einzustellen.

¹¹ Vgl. Andreas Heinemann-Grüder, Wandel statt Anbiederung. Deutsche Russlandpolitik auf dem Prüfstand, in: Osteuropa 7/2013, S. 179–194.

¹² Vgl. Markus Kaim/Hanns W. Maull/Kirsten Westphal, Die gesamteuropäische Ordnung vor einer Zäsur – drei Leitlinien für einen Neubeginn, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP Aktuell 14/2015.

¹³ Vgl. Andreas Umland, Kein russisches Öl mehr!, 25.2.2015, www.zeit.de/politik/ausland/2015-02/russland-oelimporte-eu-embargo.

Abschreckung würde über Eindämmung noch hinausgehen und rote Linien signalisieren. Eine solche Politik könnte etwa darin bestehen, eine robuste internationale Friedensmission für die Ostukraine zu beschließen, die ukrainisch-russische Grenze international zu sichern, Panzerabwehrwaffen, Flugabwehrraketen und Überwachungsdrohnen an die Ukraine zu liefern, das dortige Militär entsprechend auszubilden und Militärberater zu entsenden. Auch die Aufnahme von Verhandlungen über die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine, ein entsprechender „Membership Action Plan“ oder die Verlegung von NATO-Truppen nach Osteuropa wären in der Abschreckungslogik denkbar. Allerdings ginge all dies mit dem Risiko einer sich immer schneller drehenden Aktions-Reaktions-Spirale einher. Negative Folgen wären nicht nur für die deutsche Exportwirtschaft zu erwarten. Eindämmung und Abschreckung wären für die EU-Staaten zudem kostenintensiv. Gleichwohl gilt es abzuwägen, ob das Fehlen von Eindämmung und Abschreckung nicht selbst zur Eskalation beiträgt.

Abschreckung jenseits des NATO-Bündnisses wird von der deutschen Politik aus Sorge vor einer Eskalation und Stellvertreterkriegen überwiegend abgelehnt. Doch jeder Staat hat das Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung (Artikel 51 UN-Charta), insbesondere wenn die internationale Gemeinschaft einen Staat nicht vor Aggression schützt. Die EU- und die NATO-Staaten verlassen sich auf wechselseitigen Schutz; von daher kann Staaten wie Georgien, Moldau oder der Ukraine mit völkerrechtlichen Argumenten nicht das Recht abgesprochen werden, sich ebenfalls um ausreichenden Schutz vor russischer Militärintervention zu bemühen.

Regimewandel

Am weitreichendsten wäre eine Politik, die auf einen russischen Regimewandel setzt, das heißt auf eine Regimeliberalisierung unter oder nach Putin. Externe Demokratieförderung ist begrenzt auf Austauschprogramme, Städtepartnerschaften, die Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen, die sich an demokratischen Werten orientieren, den Ausbau medialer Kommunikation mit der russischen Gesellschaft sowie Visaerleichterungen. Doch demokratischer Wandel muss von innen wachsen, Mehrheiten finden und durch Parteien und Eliten gestützt werden – weder Deutschland noch die EU ist in der Lage, Rus-

lands Regime zu transformieren. Denn ein autoritäres Regime wie das putinsche benötigt das westliche Feindbild, äußere Spannung und periodische Krisen – einschließlich Ablenkungskriege –, um seine Macht im Innern zu sichern. Eine grundlegende Öffnung würde erst wahrscheinlich, wenn anstelle der negativen Integration durch Nationalismus die russische Gesellschaft ihre Aufmerksamkeit wieder auf die Defizite des Regimes richtete.

Ein positiver Langzeiteffekt des gorbatschowschen „Neuen Denkens“ lag in der Aufweichung des Bildes vom feindlichen Westen unter den osteuropäischen Völkern. Und hierin bestünde ein Grund, auf eine zweite Perestroika hinzuwirken, um nämlich mit *soft power* gegenüber der russischen Bevölkerung die Vorzüge freier Gesellschaften erfahrbar zu machen. Das Angebot einer künftigen EU-Assoziierung etwa würde einer Einladung gleichen, mithilfe der EU-Normen zur Idee eines gemeinsamen europäischen Hauses zurückzufinden.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der EU und der Eurasischen Union könnte längerfristig „Wandel durch Handel“ befördern. Im November 2010 hatte selbst Putin noch für eine gesamteuropäische Freihandelszone „von Lissabon bis Wladiwostok“ plädiert.¹⁴ Freilich ignorierte die russische Delegation dann beim Wirtschaftsforum in Davos im Januar 2015 die Idee von Bundeskanzlerin Angela Merkel, diesen Vorschlag wieder aufzugreifen, knüpfte sie ihn doch an die Einhaltung des Minsker Abkommens und eine Friedenslösung für den Krieg in der Ukraine.¹⁵

Ein ungewisser Regimewandel in den autoritären Nachfolgestaaten der Sowjetunion muss nüchtern gegen transformative Kapazitäten abgewogen werden, denn niemand kann garantieren, dass nach Putin eine liberale oder gar demokratische Regierung an die Macht kommt. Das System Putin befindet sich in einer kumulativen Radikalisierungsdynamik.¹⁶ Das Argument, Putin wäre gegenüber noch radikaleren Nationalisten das kleinere Übel und müsse gegen Destabilisie-

¹⁴ Wladimir Putin, Von Lissabon bis Wladiwostok, 25.11.2010, www.sueddeutsche.de/1.1027908.

¹⁵ Vgl. Katja Tichomirowa, Merkel lockt Russland, 23.1.2015, www.fr.de/514179.

¹⁶ Vgl. Andreas Heinemann-Grüder, Die Radikalisierungsdynamik des Putinismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/2014, S. 77–85.

rung geschützt werden, gemahnt an die Präferenz für autoritäre Stabilisierung, die in der Vergangenheit gegen die *Solidarność* in Polen oder gegen den Arabischen Frühling vorgebracht wurde. Wenn die entscheidende Triebkraft für das russische Außenverhalten in dessen Innenpolitik liegt, dann kann kooperative Außen- und Sicherheitspolitik längerfristig nur nach einem Regimewandel erwartet werden.

Der Schlüssel zum Regimewandel in Russland liegt nun darin, dass die Transformation in der Ukraine gelingt und auf Russland positiv zurückstrahlt. Kern der deutschen und europäischen Russlandpolitik sollte daher vor allem sein, der ukrainischen Wirtschaft und Politik bei der Überwindung von Korruption und Oligarchenmacht beizustehen. Gelingt die Transformation der Ukraine nicht, wird Putins Russland aus der ukrainischen Staatsschwäche weiter politischen, wirtschaftlichen und militärischen Gewinn ziehen. Entscheidet sich die EU gegen eine Parteinahme im Ukraine Konflikt, dann wird die EU-Nachbarschaftspolitik dauerhaft Schaden nehmen, die „Partnerschaft für den Frieden“ der NATO Geschichte sein und die Hoffnung auf transformative Hilfe im postsowjetische Raum sterben.

WAS LEHREN DIE KONFLIKTE?

Das Verhalten aller Beteiligten im Ukraine Konflikt und im Syrienkrieg folgt der fatalen Logik eines Nullsummenspiels. Offensichtlich bedarf es mehr Frühwarnung, verlässlicher Information und Expertise, zudem ist wechselseitig mehr Transparenz und Vorhersehbarkeit über militärisches Verhalten vonnöten. Eine direkte Koordination von Erwartungen misslingt bisher, weil der Bestand geteilter Wertvorstellungen zwischen Russland und dem Westen bereits seit Jahren auf ein Minimum geschrumpft ist. Das ist auch der Grund, weshalb keine stabilen Institutionen zur Konfliktregelung entstanden und die existierenden wie die OSZE, der NATO-Russland-Rat und der UN-Sicherheitsrat blockiert sind. Doch Nullsummenspiele sind nicht unvermeidlich.

Da Kriege sich nicht durch ferne Aussichten auf den „demokratischen“, den „gerechten“ oder den „positiven“ Frieden verhindern lassen, müssen zwei grundsätzliche Fragen beantwor-

tet werden. Erstens: Wie lassen sich Erwartungen wechselseitig so vermitteln, dass auf der jeweils anderen Seite ein möglichst realistisches Bild von den Präferenzen und beabsichtigten Handlungen entsteht? Und zweitens: Wie kann Kommunikation über die jeweiligen Absichten durch Handlungen ergänzt werden, die das Kalkül der Gegenseite so beeinflussen, dass die eigenen Interessen berücksichtigt werden und Zusagen und Verpflichtungen vollstreckbar werden?

Die Identifikation von Absichten – was will ich, was will der andere? – setzt eine Definition eigener Interessen voraus: Was wollen die EU, die NATO und die USA mit welchem Grad an Selbstverpflichtung gegenüber Russland und anderen postsowjetischen Staaten erreichen? Das Identifikationsproblem besteht nicht nur im Arkanum der russischen Entscheidungsprozesse und der Unsicherheit, ob dort ideologische, machtpolitische oder situative Motive dominieren, sondern in der diffusen Finalität der EU-Nachbarschaftspolitik. Eine Lehre besteht also darin, sich dem Identifikationsproblem zu stellen, das heißt, eigene Absichten gegenüber Russland und Assoziationskandidaten wie der Ukraine deutlich auszusprechen und zugleich das Bild von Russlands Absichten nicht durch Wunschenken à la „Modernisierungspartnerschaft“ zu trüben. Gleichwohl sollte Russland nicht als homogener Akteur wahrgenommen werden: Die russischen Wirtschaftseliten sind nicht grundsätzlich antiwestlich, neben den dominanten Nationalisten gibt es auch Liberale, und die temporär hohen Zustimmungsraten für Putin sollten nicht mit bedingungsloser Regimetreue verwechselt werden.

Für die Frage nach den eigenen Handlungen, die nötig wären, um strategische Kalküle der Außen- und Sicherheitspolitik Russlands zu ändern, können nur Überlegungen skizziert werden. Ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrates stehen außerhalb der Vollstreckbarkeit des Völkerrechts, weil sie selbst die obersten Richter sind. Eskalationsverhalten lässt sich nur durch die Verflechtung von Verwundbarkeit ändern. Die Bestandteile der atomaren Abschreckung wie massive Vergeltung, die wechselseitig gesicherte Zerstörungsfähigkeit und ein möglichst perfektes Gleichgewicht des Schreckens haben in der Zeit des Kalten Krieges die strategischen Kalküle der USA und der Sowjetunion eingeeht. Da Abschreckung im bilateralen Ver-

hältnis nach wie vor leidlich funktioniert, im Verhältnis zu anderen Parteien sich jedoch weder Russland noch die USA abschrecken lassen, sind konventionelle Kriege seit 1989/90 tendenziell leichter zu führen, allzumal in Gestalt von „hybriden“ Kriegen, und die Gefahren einer militärischen Ost-West-Konfrontation nehmen zu.

Eine Alternative zur militärischen Abschreckung heißt „Sanktionen“. Aber diese werden erst nachträglich verhängt, nicht präventiv – von daher ist ihr Effekt auf künftige Regelbeachtung ungewiss, und sie lassen sich nicht ewig aufrechterhalten. Wie könnten also Regeln zwischen und gegenüber Akteuren durchgesetzt werden, die sich keiner unabhängigen dritten Partei unterwerfen?

In der Ökonomie wird der wechselseitige Tausch von Pfandstücken – meist hochwertige Güter, die an den Betrogenen eines Deals fallen – als Mittel zur Durchsetzung von Verträgen angesehen. Ein hinterlegtes Faustpfand erhöht den Anreiz, die eigenen Handlungsabsichten offenzulegen. Allerdings funktioniert das Pfand nur, wenn jener, der es hinterlegt, weiß, dass es eingezogen oder zerstört werden kann. Das wechselseitige Stellen von Sicherheiten beruht auf bewusster, institutionalisierter Verletzbarkeit. Was könnten solche Pfandstücke in den sicherheitspolitischen Beziehungen mit Russland sein?

Ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrates könnten Vertrauen stärken, indem sie Absichtserklärungen hinterlegen, sich im Falle einer Völkerrechtsverletzung einer unabhängigen Untersuchung durch den UN-Sicherheitsrat und den Internationalen Strafgerichtshof zu unterwerfen. Rivalen würden sich gleichermaßen dem Risiko eines ungewissen juristischen Prozesses aussetzen. Das wechselseitige Vertrauen würde durch die Akzeptanz von vorab definierten Sanktionen für den Fall von Regelverletzung gestärkt. Hätte Russland etwa im Vorfeld gewusst, welchen Schaden es durch sein Verhalten im Ukraine Konflikt auf sich zieht, hätte es möglicherweise weniger autistisch kalkuliert. Im Handel, im Kultur- und Wissenschaftsaustausch gibt es viele Güter zwischen Deutschland und Russland, die sich als Faustpfand eignen. Würden sie als solches behandelt, dann gäbe es nicht die Möglichkeit, „den Betrieb ganz normal weiterlaufen zu lassen“, wie es in weiten

Bereichen der deutsch-russischen Beziehungen nach der Krim-Annexion und dem Krieg in der Ostukraine geschah.

Durch die Akzeptanz von Beobachtermissionen und Untersuchungskommissionen und das Zugänglichmachen von kritischen Informationen, zum Beispiel zur Verschiebung von Truppen und militärischem Gerät, setzen sich rivalisierende Konfliktparteien dem Risiko aus, der Lüge, des Missbrauchs oder des Betrugs überführt zu werden. Vertrauen kann nur wieder entstehen, wenn es nicht mehr der Beliebigkeit unterliegt, ob Verbrechen gegen die Menschlichkeit als solche erkannt und wirksam geächtet oder ob sie als „fake news“ abgetan werden wie zum Beispiel aktuell in Syrien. An die Stelle der atomaren Abschreckung würde eine gegenseitige Verpflichtung für den Fall von Regelverletzung treten (*mutually assured vulnerability*). Ob dies zustande kommt, hängt von wechselseitiger Bereitschaft ab – sie wäre zugleich ein Test für die westlichen Staaten, sich nicht nur als Advokaten des Völkerrechts zu präsentieren, sondern sich auch dessen Urteilen zu unterwerfen.

Die Hoffnung, alt-neue Männerfreundschaften oder die Exportinteressen der deutschen Industrie könnten das zerrüttete Verhältnis wieder richten, ist illusionär. Eine Rückkehr zur Politik des *modus vivendi* mit Russland setzt die Anerkennung von Grundnormen der Charta von Paris voraus, mit der die Länder der OSZE (damals noch KSZE) 1990 den Ost-West-Konflikt offiziell beilegten und eine auf Menschenrechten beruhende europäische Friedensordnung schufen. Das Verhältnis zu Russland kann nur auf Grundlage des Völkerrechtes erneuert werden. In dieser Hinsicht sollten sich Deutschland und die Europäische Union nicht scheuen, auf Augenhöhe zu sprechen.

ANDREAS HEINEMANN-GRÜDER

ist außerplanmäßiger Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bonn und Senior Researcher am Bonn International Center for Conversion (BICC). Zu seinen Schwerpunkten zählen die Friedens- und Konfliktforschung sowie der postsowjetische Raum.

heinemann-grueder@bicc.de

RUSSLANDS WEG IN DIE „POSTWESTLICHE WELT“

Aschot L. Manutscharjan

US-Präsident Donald Trump wird seine Erklärungen aus dem Wahlkampf, er wolle eng mit Russland zusammenarbeiten, rückblickend womöglich als „Geschwätz von gestern“ abtun. Vier Monate nach seiner Vereidigung holt das Amt den Wahlkämpfer ein: Die NATO ist nun doch nicht mehr „obsolet“, Moskau soll die Krim an die Ukraine zurückgeben, und er selbst befindet sich mit Russland tatsächlich nicht mehr „auf einer Wellenlänge“. ⁰¹ Die Kurswechsel erreichten mit der Bombardierung des syrischen Luftwaffenstützpunktes am 7. April 2017 ihren vorläufigen Höhepunkt, als Washington damit klarmachte: So bald wird es keine Annäherung an Russland geben.

Noch am gleichen Tag verurteilte der Kreml die US-Bombardierungen zu Recht als „völkerrechtswidrig“. Es handele sich um „eine Aggression gegen einen unabhängigen Staat unter einem erfundenen Vorwand“. Moskau zeigte sich enttäuscht: Immerhin hatte Trump den Kampf gegen den internationalen Terrorismus, insbesondere gegen den selbsternannten „Islamischen Staat“, als eines seiner prioritären sicherheitspolitischen Ziele ausgegeben, und der Kreml hatte gehofft, zumindest auf diesem Feld enger mit den USA zusammenzuarbeiten. Russlands Präsident Wladimir Putin bewertete den US-Schlag daher nicht nur als „Versuch, von den vielen zivilen Opfern im Irak abzulenken“, sondern auch als Hebel, um „das Feindbild Russland“ zu reaktivieren und „die westlichen Mächte zu konsolidieren“. ⁰² Auch während eines zweistündigen Gesprächs in Moskau am 12. April konnte Putin den neuen US-Außenminister Rex Tillerson nicht davon überzeugen, mit Russland in Syrien zu kooperieren. Bereits zuvor hatte der Kreml die Trump-Administration wissen lassen, wenn es um Syrien gehe, „setzen wir nicht auf irgendeine Person, sei es Präsident Assad oder jemand anderes“. ⁰³

Empört reagierte das russische Außenamt auch auf Unterstellungen der baltischen Nachbarländer, Russland sei eine akute Bedrohung für Europa. Insbesondere der Appell der litauischen

Präsidentin Dalia Grybauskaitė an die USA, man möge Truppen und Raketenabwehrsysteme in Litauen stationieren, wiesen Russlands Diplomaten als „absurd“ und „russophobe Paranoia“ zurück. Die Politiker der baltischen Staaten seien besessen vom „Damoklesschwert einer mythischen russischen Bedrohung“. Dabei bekämpfe Russland „mit allen Kräften jeden Versuch einer internationalen Aggression“. ⁰⁴

VERHÄLTNIS ZU DEN USA

Moskaus Hoffnung, mit Donald Trump könnte ein pro-russischer US-Präsident ins Oval Office gelangt sein, hat sich bislang offenbar nicht erfüllt – zu tief sind die sicherheitspolitischen Differenzen zwischen beiden Großmächten. Zudem sind Trumps Aufrüstungsbestrebungen und seine isolationistische Agenda („America first“) dazu geeignet, Russland und die USA weiter auseinanderzutreiben. Allein die Ankündigung, den Militäretat der Vereinigten Staaten um 54 Milliarden US-Dollar erhöhen zu wollen – also um mehr als zwei Drittel des gesamten russischen Verteidigungsbudgets ⁰⁵ – bestätigt, dass Trump kein Interesse an Abrüstung hat.

Wie in vielen Punkten unterscheidet er sich auch hierin von seinem Amtsvorgänger Barack Obama. Dieser hatte im Herbst 2009 die Planungen für ein Raketenabwehrsystem in Osteuropa auf Eis gelegt, seine Entscheidung aber auf innenpolitischen Druck der Republikaner hin zurücknehmen müssen. Positiv hatte Moskau auch Obamas Bereitschaft bewertet, im April 2010 in Prag den russisch-amerikanischen Vertrag zur Verringerung strategischer Atomwaffen (New START) zu unterzeichnen (den Trump dann später in seinem ersten Telefonat mit Putin barsch als „schlechten Deal“ bezeichnete).

Das einigermäßen positive Bild Obamas in Moskau wandelte sich aber spätestens, als er 2014

den aus russischer Sicht „faschistischen Machtwechsel“ in Kiew und die europäische Sanktionspolitik gegen Russland nach der „Eingliederung“ der Krim unterstützte. Moskau prangerte die „US-Aggression“ an und kritisierte die „russo-phobe US-Politik“.⁰⁶ Im selben Jahr setzte Obama noch eins drauf, als er in einer Rede vor den Vereinten Nationen drei gravierende Bedrohungen für den Weltfrieden aufzählte und dabei Russland, das er schon während der Krim-Krise im März als „Regionalmacht“ abqualifiziert hatte, in einer Reihe mit der Ebola-Epidemie und dem „Islamischen Staat“ nannte.⁰⁷

Vor diesem Hintergrund schien Donald Trump, der seine Präsidentschaftskandidatur mit dem Versprechen antrat, gegen Washingtons liberales Establishment regieren zu wollen, für den Kreml der günstigere Kandidat zu sein. Seine Kontrahentin Hillary Clinton hatte sich bereits öffentlich für eine klare Machtpolitik gegen Russland ausgesprochen. Zudem unterstützte sie das Fracking, um die USA unabhängiger von Öllieferanten zu machen. Ihre Pläne, dadurch frei werdende Ressourcen zu verwenden, um „unseren europäischen Verbündeten [zu] helfen, ihre Abhängigkeit von Russland zu verringern“,⁰⁸ konnten Moskau nicht gefallen. Eine solche Politik hätte Russlands wichtigste Einnahmequelle trockengelegt und damit jegliche sicherheitspolitische Ambitionen zerstört.

BEDROHUNGSWAHRNEHMUNG

Die aktuelle NATO-Strategie gegenüber Russland, die auf „Abschreckung und Dialog“ setzt,

01 Trumps Woche, in: Der Spiegel, 15. 4. 2017, S. 82.

02 Presseerklärung des russischen Präsidenten, 7. 4. 2017, www.kremlin.ru/events/president/news/54241.

03 Pressekonferenz des russischen und des US-amerikanischen Außenministers, 12. 4. 2017, www.mid.ru/ru/foreign_policy/news/-/asset_publisher/cKNonkJE02Bw/content/id/2725629.

04 Briefing des russischen Außenministeriums, 30. 3. 2017, www.mid.ru/ru/foreign_policy/news/-/asset_publisher/cKNonkJE02Bw/content/id/2712458.

05 Dem Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) zufolge lagen die Militärausgaben der USA 2016 bei 611 Milliarden US-Dollar, Russland gab im selben Jahr 69,2 Milliarden US-Dollar für sein Militär aus. Vgl. SIPRI, World Military Spending: Increases in the USA and Europe, Decreases in Oil-Exporting Countries, 24. 4. 2017, www.sipri.org/media/press-release/2017/world-military-spending-increases-usa-and-europe.

06 Andrej Zyganov, Rusofobija: Antirusijskoe lobbi v SŠA (Russo-phobie: Die anti-russische Lobby in den USA), Moskau 2015, S. 62.

wird in Moskau als Bestätigung vermeintlicher Angriffspläne aufgefasst. Dem transatlantischen Bündnis werden dabei eine „Dämonisierung“ Russlands und das Herbeireden einer „nicht-existierenden Bedrohung aus dem Osten“ vorgeworfen.⁰⁹ Dessen ungeachtet präsentiert sich Russland als Gegenspieler der „unverzichtbaren Weltmacht“ USA und hat sein Verteidigungsbudget 2016 um 5,4 Prozent erhöht.¹⁰ Doch die Militarisierung des Haushalts bremse das Wachstum der russischen Wirtschaft und diene allein der korrupten Bürokratie, meint etwa der Militäroökonom Wasilij Sazepkin.¹¹ Laut dem Völkerrechtler Sergej Zyljaev würden die „Selbstisolation Russlands, der Kampf gegen den Westen“ und die Investitionen in die Rüstungsindustrie die russische Volkswirtschaft ruinieren. Die Geschichte des Zerfalls der Sowjetunion habe zudem gezeigt, dass Moskau einen Rüstungswettlauf nicht gewinnen könne.¹²

Die Feststellung, dass Russland bedroht werde, findet sich zuhauf in sicherheitspolitischen Reden Moskauer Politiker, in Fernsehsendungen und zahlreichen Studien. Sie vermitteln den Eindruck eines von Feinden eingekreisten Landes, das sich gegen einen Dritten Weltkrieg wappnen müsse.¹³ Auch in der russischen Sicherheitsstrategie von 2015 heißt es: „Die Aufstockung des militärischen Potenzials der Nordatlantischen Allianz und ihre Übernahme globaler Aufgaben, die völkerrechtswidrig erfüllt werden, bedrohen die nationale Sicherheit Russlands“. Die Allianz müsse die „berechtigten Interessen Russlands“ anerkennen und auf ihre „negative Einflussnahme auf die russischen nationalen Interessen“ verzichten. Mit anderen Worten: Die NATO möge sich aus den Angelegenheiten des postsowjetischen Raums heraushalten.

07 Vgl. Obama Sends Russia a Cold War Blast and Seeks Distance from „War on Terror“, 24. 9. 2014, www.theguardian.com/world/2014/sep/24/barack-obama-un-speech-warn-russia-fight-isis-analysis.

08 Hillary Clinton, Entscheidungen, München 2014, S. 780.

09 Aschot L. Manutscharjan, Die Heimat ist in Gefahr, in: Osteuropa 11–12/2016, S. 45–56.

10 Vgl. SIPRI (Anm. 5).

11 Vgl. Wasilij Sacepin, Voennaja nagruska stala tormosom (Die Militärausgaben als Bremse), in: Ogonök, 17. 10. 2016, S. 14.

12 Sergej Cypljaev, Žizn' po eskizam nacional'noj idei (Das Leben nach Skizzen der nationalen Idee), in: Nezavisimaja Gazeta, 26. 4. 2016.

13 Vgl. Alexej I. Podberezkin, Tret'ja mirovaja vojna protiv Rossii (Der Dritte Weltkrieg gegen Russland), Moskau 2015.

Besonders dieser letzte Punkt ist Präsident Putin wichtig; denn die Entscheidung des Kiewer Parlaments Ende 2014, den Status eines blockfreien Staates abzulegen und der Ukraine damit potenziell den Weg in die NATO zu eröffnen, hat zugleich verhindert, dass das „Bruderland“ Mitglied in der von Russland geprägten Eurasischen Wirtschaftsunion wurde. Mit Russlands Intervention auf der Krim und der Unterstützung der selbsternannten Donezker und Luhansker Republiken förderte der Kreml jedoch nicht nur den antirussischen Kurs der Ukraine, sondern auch die Herausbildung einer ukrainischen Nation.¹⁴

Mit oder ohne Ukraine bleibt die NATO-Osterweiterung ein Stachel im Fleisch der Moskauer Sicherheitspolitik.¹⁵ Die Behauptung, der Westen habe mit der Erweiterung der Allianz nach Osten eine 1990 gegebene Zusage gebrochen, kann dabei getrost ins Reich der Legenden verwiesen werden.¹⁶ Neben der Ablehnung der NATO-Osterweiterung hält die russische Regierung am Mythos einer direkten Bedrohung durch das NATO-Raketenabwehrsystem in Osteuropa fest. Den diesbezüglich bestehenden Ängsten versucht der Leiter des Zentrums für globale Sicherheit der Russischen Akademie der Wissenschaften, Alexej Arbatow, den Boden zu entziehen. So betonte er im Sommer 2016 gegenüber der aufgabenstärksten russischen Zeitung „Argumenty i fakty“, dass die kritisierten Abwehrsysteme höchstens zwei bis drei Prozent der russischen strategischen Atomraketen abfangen könnten. „Diese Raketenabwehr wird den Angriff derjenigen russischen Raketen nicht verhindern, die durch den Erstschatz der Atommacht USA nicht zerstört wurden.“¹⁷ Er empfiehlt deshalb, die Bevölkerung nicht länger mit dem Gerede von einem Nuklearkrieg zu verunsichern.

14 Vgl. Alexandr Cipko, *Russkaja apatija (Russische Apathie)*, Moskau 2017, S. 73.

15 Vgl. Dmitrij V. Trenin, *Rossijskaja vnesnjaja politika v 1992–2009 godach*, in: *Istorija novoj Rossii (Russische Außenpolitik 1992–2009)*, in: *Die Geschichte des neuen Russland*, Bd. 3, Moskau 2011, S. 222.

16 Vgl. Stefan Creuzberger, *Die Legende vom Wortbruch*, in: *Osteuropa* 3/2015, S. 95–108. Auch dem Verfasser gegenüber bestätigte der ehemalige Außenminister der Sowjetunion, Eduard Schewardnadse, in einem Interview im September 2000, niemand habe ihm oder Gorbatschow zugesagt, dass „die NATO nicht weiter nach Osten ausgedehnt“ werde.

17 Alexej Arbatow, *My poterjali strach pered jadernoj vojnoj (Keine Angst vor einem Nuklearkrieg)*, in: *Argumenty i fakty*, 23.6.2016.

Auch der renommierte Soziologe Lew Gudkov, dessen unabhängiges Lewada-Meinungsforschungsinstitut Ende 2016 vom Justizministerium zum „ausländischen Agenten“ erklärt wurde, kritisiert die „antiwestliche Mobilisierungsrhetorik des Kremls gegenüber dem Feind im Westen“.¹⁸ Auf diese Weise, schreibt Andrej Kolesnikow vom Moskauer Carnegie Center, werde eine „Mythologie eines permanenten Krieges“ bedient. Dieser dauerhafte Kampf „mit wahrgenommenen Feinden, die Russland angeblich belagern“, werde einzig mit dem Ziel des Machterhalts geführt. Zugleich könne die Staatspropaganda so die Verantwortung für die Wirtschaftsmisere auf ausländische Feinde abschieben.¹⁹

So verfällt der Kreml nur zu gerne in eine Opferrhetorik. Solange wir „bitter arm und schwach waren“, hätten die westlichen Politiker Russland „lieb“ gehabt, sagte Putin etwa im Frühjahr 2015 in einem Interview. „Nachdem wir uns erhoben haben“, wolle man Russland „wieder auf die Knie zwingen“. Es störe die internationalen Partner offenbar, „dass Russland selbstbewusst seine geopolitischen Interessen“ verteidige.²⁰ Zu dieser Rhetorik passt, dass der Präsident nicht die eigene Ukraine-Politik für die westlichen Sanktionen gegen Russland verantwortlich macht, sondern die generelle Missgunst äußerer Mächte: „Es war nicht wegen der Krim, sondern weil wir unsere Souveränität, das Existenzrecht unseres Staates, verteidigen.“²¹

„POSTWESTLICHE WELTORDNUNG“?

Nach dem Scheitern der Modernisierungspolitik in den 1990er und 2000er Jahren setzte die russische Staatsführung ab 2012 auf die Idee eines „russischen Sonderweges“. Zu den Kernelementen dieses Sonderwegs gehören der imperiale Patriotismus, die Sakralisierung der Macht und die

18 Lev Gudkov, *Molodym v strane ne chvataet vozducha (Der jungen Generation reicht die Luft im Land nicht)*, in: *Nezavisimaja Gazeta*, 1.3.2016.

19 Alexander Kolesnikov, *Chotjat li russkie vojny (Wollen die Russen Krieg?)*, 21.3.2016, <http://carnegie.ru/2016/03/21/ru-63077/ivnz>.

20 Putin im Interview für den Film „Präsident“ von Wladimir Solowjow, der am 26.4.2015 im russischen Fernsehen ausgestrahlt wurde. Siehe www.youtube.com/watch?v=HyNcbVuDJyA.

21 So Putin auf seiner Jahrespressekonferenz, 18.12.2014, www.kremlin.ru/events/president/news/47250.

Neuerfindung der eurasisch-russischen Zivilisation auf der Grundlage konservativer Werte.²² Die Renaissance der Lehren und Mythen über die besondere russische Zivilisation seien ein Ausdruck für den Verlust des Glaubens an sich selbst, meint der Philosoph Alexander Zipko.²³ Und der in den USA lebende russische Historiker Alexander Janow bezeichnet die Wiedergeburt der russischen Idee als eine „national-patriotische Reaktion“, die das friedliche Zusammenleben Russlands mit Europa verhindern werde. Die Wiedergeburt des russischen Nationalismus, der Russland unvermeidbar den Niedergang bringen werde, vergleicht er mit dem Nationalsozialismus.²⁴

Der offiziellen russischen Propaganda zufolge sei das „zivilisatorische Segment“ der russischen Sicherheitspolitik an ein Wertesystem gebunden, das als einziges „die wahren christlich konservativen Werte“ in Europa und in der Welt verteidige. Selbst die völkerrechtswidrige Annexion der Krim wird als Widerstand gegen die dekadente westliche Zivilisation dargestellt.²⁵ Diese Mission passt zur Rolle des Retters, in der Präsident Putin sich sieht: Er will die Welt vom verdorbenen Liberalismus und den dekadenten westlichen Werten befreien. Entsprechend argumentierte auch sein Außenminister Sergej Lawrow auf seiner Jahrespresskonferenz am 17. Januar 2017: Der Westen sei besessen davon, seine Werte der ganzen Welt aufzuzwingen, zuerst durch einen Demokratie-Export, jetzt durch einen Werte-Export. Die westlichen Werte, nach denen alles erlaubt sei, seien „postchristlich“ und stünden im Widerspruch zu „russischen Traditionen, die in unserem Land von einer Generation zur nächsten weitergegeben wurden und die wir sehr behutsam bewahren“. Die neue Weltordnung, betonte der Außenminister acht Tage darauf vor der Staatsduma, entstehe daher im Kampf mit den „Adepten der gescheiterten monopolen Hegemonie, die mit aller Kraft ihre globale Do-

minanz zu erhalten“ suchten. Hier dürften sich vor allem die USA angesprochen fühlen, Europa dagegen forderte er auf, „nicht nach der Pfeife einer kleinen, aber äußerst aggressiven Gruppe von Russenhassern zu tanzen“.

Während Lawrow bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2017 eher vage von einem „postwestlichen“ Zeitalter sprach, präzierte er seine Vorstellungen einer neuen Weltordnung bei einem Treffen mit dem deutschen Außenminister Sigmar Gabriel am 9. März 2017: „Die Welt wird objektiv ‚postwestlich‘, das heißt, das westlich-liberale Zeitalter ist gescheitert, im Vordergrund steht jetzt das Nationale.“ Die pervertierten abendländischen Werte gehörten nicht zu den universellen Werten der Weltreligionen, daher müsse „westlich“ neu definiert werden.²⁶ Mit diesen Erklärungen untermalte Lawrow die diplomatische Offensive Russlands mit einer Art außenpolitischen Doktrin für einen „neuen Konservatismus“. Einen ersten Baustein dafür lieferte bereits 2010 der Regisseur Nikita Michalkow mit seinem „Manifest des aufgeklärten Konservatismus“. Demnach werde die Zukunft des Großen Russland durch die starke Machtstellung eines Herrschers gesichert, der sich auf den Glauben, die Freiheit, das Vaterland und die traditionellen Familienwerte stütze.²⁷ Entsprechend betont der dem Kreml nahestehende Politologe Sergej Karaganow, die politischen Entwicklungen des Jahres 2016 – insbesondere die russischen „Erfolge“ in Syrien und die Krisen des Westens – bestätigten, dass Russland auf der richtigen Seite der Geschichte stehe.²⁸

DEUTSCH-RUSSISCHE VERHÄLTNISSE

Umfragen des Moskauer Instituts für Soziologie der Russischen Akademie der Wissenschaften zufolge ist Deutschlands Ansehen in Russ-

22 Vgl. Igor' Jakovenko, *Rossija i modernizacija v 1990-e gody i posledujuščij period* (Russland und die Modernisierung in den 1990er Jahren und danach), Moskau 2014, S. 260, S. 291.

23 Vgl. Aleksandr Cipko, *Perestrojka kak russkij projekt* (Perestrojka als russisches Projekt), Moskau 2014, S. 55f.

24 Aleksandr Janow, *Russkaja ideja. Ot Nikolaja I do Putina* (Die Russische Idee. Von Nikolaus I. bis Putin), Bd. 3, Moskau 2015, S. 15 und Bd. 2, Moskau 2014, S. 204.

25 Alexej I. Podberezkin, *Voennye ugrozy Rossii* (Die militärische Bedrohung Russlands), Moskau 2014, S. 76.

26 Pressekonferenz des russischen und des deutschen Außenministers, 9.3.2017, www.mid.ru/ru/press_service/minister_speeches/-/asset_publisher/7OvQR5KJWVmR/content/id/2599609.

Vgl. auch Volker Weiß, *Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes*, Stuttgart 2017, S. 206f.

27 Vgl. Nikita Michalkow, *Besogon. Rossija mezdu proslým i budušim* (Der Exorzist. Russland zwischen Vergangenheit und Zukunft), Moskau 2016, S. 393–445.

28 Vgl. Sergej Karaganov, 2016 – pobeda konservativno realizma (2016 – Der Sieg des konservativen Realismus), in: *Rossija v global'nom mire* 1/2017.

land seit einigen Jahren schlagartig gesunken: Demnach zählten im März 2014 rund 19 Prozent der Befragten Deutschland zu den „Feinden Russlands“. Die Bundesrepublik belegt damit den dritten Platz hinter den USA (74 Prozent) und der Ukraine (30 Prozent). 1995 hatten noch 69 Prozent eine „eher positive Meinung“ über Deutschland – diese Zahl sank 2014 auf 44 Prozent, zugleich stieg der Anteil der „eher negativ“ Eingestellten von 12 auf 36 Prozent.²⁹

Eine Ursache für den Stimmungswandel liegt darin, dass Deutschland die EU-Sanktionen unterstützt, die wegen der Krim-Eroberung gegen Russland verhängt wurden. Da Moskau derzeit eher vorsichtig gegenüber den USA agiert, stehen vor allem Deutschland und Bundeskanzlerin Angela Merkel im Feuer der russischen Kritik – ihr wird nun quasi stellvertretend die Rolle des Erzfeindes zugewiesen. Das gilt sogar für eher wissenschaftliche Publikationen wie dem Magazin „Internationales Leben“, das vom russischen Außenministerium herausgegeben wird. Zugleich wird den deutschen Medien unterstellt, Hass auf Russland zu schüren. In Moskau hofft man daher auf einen Wechsel im Kanzleramt, auf einen zweiten Willy Brandt und eine „neue Ostpolitik“.³⁰

Die deutschen Korrespondenten, die aus Moskau berichten, erwähnen die antideutsche Hysterie, die im russischen Fernsehen zu bestaunen ist, allenfalls beiläufig. Ein früher Auslöser für den Beginn der Hetze war der letztlich gescheiterte Vermittlungsversuch des früheren deutschen Außenministers Frank-Walter Steinmeier zu Beginn des Ukraine-Konflikts. Dank seiner Bemühungen hatten der damalige ukrainische Präsident Wiktor Janukowytsch und Oppositionsvertreter der Euromajdan-Bewegung am 21. Februar 2014 die deeskalierende „Vereinbarung über die Beilegung der Krise in der Ukraine“ geschlossen.³¹ Aus russischer Sicht hatte Deutschland mit die-

sem „Ablenkungsmanöver“ der „Kiewer Junta“ aber erst an die Macht verholten.

Welche Blüten Verschwörungstheorien in der russischen Politik und in den staatlich gesteuerten Medien treiben, zeigt eine skurrile Begründung für die deutsche Unterstützung der „ukrainischen Faschisten“: Demnach habe Berlin einen „Anschluss“ der Ukraine an die EU als neues „Reich“ unter deutscher Führung erreichen wollen. Der populäre Moderator der Fernsehsendung „Militärgeheimnis“ und Buchautor Igor Prokopenko war sich sogar nicht zu schade, Mutmaßungen über die Abstammung der Bundeskanzlerin anzustellen, um ihre Haltung gegenüber Russland zu erklären: „Böse Zungen in Europa“ würden nicht müde, „Gerüchte zu verbreiten, dass Bundeskanzlerin Merkel die wahre Tochter von Adolf Hitler ist“. Später dementierte er diese Mär zwar,³² aber er und Dutzende andere Autoren verbreiten zum Beispiel auch die Behauptung, dass Deutschland zu den Initiatoren und Finanziers des Machtwechsels in Kiew gehöre.

Doch trotz all des Vertrauens, das in den vergangenen Jahren verloren ging, und auch wenn in Moskau „die Experten“ im Fernsehen zurzeit den alten Kriegsspruch „Nach Berlin!“ hinausposaunen, bleibt berechtigte Hoffnung auf eine Verbesserung: Denn Russland ist und bleibt auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland angewiesen. Eine Normalisierung der deutsch-russischen Beziehungen ist daher nicht unwahrscheinlich. Viel wird auch davon abhängen, ob es gelingt, den Minsker Prozess in der Ostukraine wiederzubeleben und so die Sanktionspolitik zu beenden. Wie Präsident Putin zuletzt bei seinem Treffen am 2. Mai 2017 mit Bundeskanzlerin Merkel in Sotschi auf der gemeinsamen Pressekonferenz betonte, ist Deutschland mit 16 Milliarden US-Dollar nach wie vor der größte Investor in Russland. Umgekehrt zeigte sich auch Kanzlerin Angela Merkel an einer Entspannung der bilateralen Beziehungen interessiert: Mit Blick auf die lange Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen sei es „geboten, dass die heute Verantwortlichen dieses Gespräch auch immer wieder suchen“.

29 Vgl. Michail Gorškov/Vladimir Petuchov, *Vnešnepolitičeskie orientacii rossijan*, in: Oxana Gaman-Golutvina (Hrsg.), *Političeskaja nauka pred vyzovami global'no i regional'no razvitiija* (Die außenpolitischen Orientierungen der Russländer, in: Die Politikwissenschaft angesichts der globalen und regionalen Herausforderungen), Moskau 2016, S. 610, S. 623.

30 Vgl. Viktor Vasil'ev, *Quo vadis, Germanija?*, in: *Meždunarodnaja žisn'* 2/2017, S. 107–127.

31 Vgl. Anatolij Cyganok, *Donbass: neokončennaja vojna* (Donbass: der nicht beendete Krieg), Moskau 2017, S. 48f.

32 Igor' Prokopenko, *Vsja pravda ob Ukraine* (Die ganze Wahrheit über die Ukraine), Moskau 2015, S. 222.

ASCHOT L. MANUTSCHARJAN

ist promovierter Historiker und Forschungsstipendiat der Gerda Henkel Stiftung.

INFORMATIONSKRIEG IN DEUTSCHLAND?

Zur Gefahr russischer Desinformation im Bundestagswahljahr

Gemma Pörzgen

Die Erfahrungen des „schmutzigen“ Wahlkampfes und der Ausgang der jüngsten Präsidentschaftswahl in den USA haben auch in Deutschland deutliche Spuren hinterlassen: Zum einen ist „fake news“ zum geflügelten Wort für gezielte Desinformation geworden. Zum anderen ist mit Blick auf die bevorstehende Bundestagswahl die Sorge vor Einflussnahme aus dem Ausland gewachsen – insbesondere, nachdem US-Geheimdienste im Januar 2017 den russischen Präsidenten Wladimir Putin öffentlich beschuldigten, er habe mittels einer Kampagne und Hackerangriffen versucht, die US-Wahl in seinem Sinne zu beeinflussen. Sogleich schien auch in Berlin viele Politikerinnen und Politiker die Frage umzutreiben, ob entsprechende Hacks, Leaks und Falschmeldungen ebenso deutsche Wählerinnen und Wähler manipulieren könnten. Die Moskauer Führung steht dabei im Verdacht, die Europäische Union insgesamt destabilisieren zu wollen und dafür in den einzelnen Mitgliedsstaaten jeweils national angepasste Strategien zu verfolgen.

GEWACHSENES MISSTRAUEN

Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte bereits im Frühjahr 2016 die deutschen Geheimdienste aufgefordert, herauszufinden, ob sich Moskau in die deutsche Politik einmischt, gezielt falsche Informationen streut und parallel dazu Staatsgeheimnisse ausspäht.⁰¹ Den Anlass für diese Aufforderung bot der „Fall Lisa“, der als deutsch-russisches Politikum seit Januar 2016 hohe Wellen schlug.⁰² Damals spielten russische Staatsmedien einen angeblichen Vergewaltigungsfall in Berlin hoch, den es nachweislich nie gegeben hatte. Eine junge Frau, die als Spätaussiedlerin die deutsche und die russische Staatsangehörigkeit besitzt, hatte behauptet, sie sei von „Südländern“ sexu-

ell missbraucht worden, was sich wenig später als Lüge herausstellte. Trotz polizeilicher Ermittlungen, die den Fall sehr schnell in einem ganz anderen Licht erscheinen ließen, hielten die russischen Staatsmedien an dem Vergewaltigungsvorwurf und der Skandalisierung in ihrer Berichterstattung fest.

Deutschlandweit gingen mehrere Hundert russlanddeutsche Spätaussiedler aus Protest gegen die angebliche Vergewaltigung auf die Straße, rund 700 demonstrierten vor dem Bundeskanzleramt. Als der russische Außenminister Sergej Lawrow auf einer Pressekonferenz von „unserem Mädchen Lisa“ sprach und den deutschen Behörden Vertuschung vorwarf, kam es zum Eklat. Die Bundesregierung war davon überzeugt, dass bewusst Stimmung gegen Merkel und die Flüchtlingspolitik gemacht werden sollte. Außenminister Frank-Walter Steinmeier verbat sich die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik und warf Russland „politische Propaganda“ vor, um „eine ohnehin schwierige innerdeutsche Migrationsdebatte (...) anzuheizen“.⁰³

Leider liegt zum „Fall Lisa“ bis heute keine unabhängige Studie vor, die ihn abschließend untersucht hätte. Deshalb bleibt die Frage vorerst offen, ob es sich vor allem um ein Medienphänomen handelte oder tatsächlich um eine orchestrierte Aktion der russischen Regierung, wie viele Stimmen behaupten. Der ungeklärte Fall nährt aber ein Grundmisstrauen gegen Moskau, was die deutsch-russischen Beziehungen – die seit der Annexion der Krim und dem Krieg in der Ostukraine ohnehin stark belastet sind – weiter verschlechtert.

Tatsächlich gab es in den zurückliegenden Jahren einige Indizien dafür, dass Moskau mit vielfältigen Instrumenten versucht, in Deutschland Einfluss zu nehmen oder für Verunsicherung zu sorgen. Im Mai 2015 wurde ein erster, schwe-

rer Hackerangriff auf den Deutschen Bundestag bekannt, der offenbar schon Monate zurücklag und eine Diskussion darüber auslöste, ob ein ausländischer Geheimdienst dafür verantwortlich sein könnte. Im Sommer 2016 gab es eine weitere Cyberattacke, bei der deutsche Politiker und ihre Mitarbeiter das Ziel von Mails mit Spähsoftware waren. Die Osteuropa-Expertin und Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, Marie-Luise Beck, war bereits im Februar 2014 Ziel eines Hackerangriffs geworden, bei dem nach zwei Jahren Untersuchung schließlich einiges darauf hindeutete, dass Hacker im russischen Staatsauftrag tätig gewesen sein könnten. Die Spuren schienen bei den jeweiligen Attacken alle zur Hackergruppe „APT28“ zu führen, die angeblich unter Moskauer Federführung operiert.⁰⁴

So warnte der Chef des Bundesnachrichtendienstes (BND), Bruno Kahl, im November 2016 vor russischen Störkampagnen und Hackerangriffen, „die keinen anderen Sinn haben, als politische Verunsicherung hervorzurufen“. Auch im Bundestag erklärten Sicherheitsexperten kurz darauf, Russland wolle die Einheit des Westens „unterminieren“ und die deutsche Gesellschaft spalten. Die in Deutschland lebenden russischsprachigen Bürgerinnen und Bürger sollten geradezu „gegen den deutschen Staat aufgehetzt werden“, sagte etwa der Leiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Hans-Georg Maaßen. Als Verantwortliche machten die Experten dabei das Direktorat Außenpolitik des russischen Präsidialamtes aus.⁰⁵ Seither ist im politischen Berlin die Sorge groß, dass erbeutete Informationen aus Cyberangriffen im Bundestagswahlkampf kompromittierend oder irreführend eingesetzt werden könnten. Ähnlich wie im US-Wahlkampf, als die Veröffentlichung von gehackten E-Mails von Hillary Clinton ihrer Kampagne als demokratische Kandidatin schadete, könnten auch im Bundestagswahlkampf geleakte Materialien dazu beitragen, Parteien oder Politiker gezielt zu beschädigen, so die Befürchtung. Auf der Enthüllungsplattform Wikileaks waren bereits im De-

zember 2016 geheime Bundestagsakten aus dem NSA-Untersuchungsausschuss aufgetaucht, die aus dem Cyberangriff vom Frühjahr 2015 stammen sollen.⁰⁶

Angesichts solcher Bedrohungsanalysen bleibt aber unverständlich, weshalb bislang nicht mehr unternommen wurde, um die bekannten Sicherheitslücken zu schließen. Nach Informationen von NDR und „Süddeutscher Zeitung“ geht aus einem aktuellen Geheimbericht hervor, dass die IT-Infrastruktur des Deutschen Bundestages noch immer nicht ausreichend gegen Hacker gesichert ist. Die über 100 Seiten umfassende Analyse, die von der Bundestagsverwaltung in Auftrag gegeben wurde, listet zahlreiche Mängel auf, die es Hackern erleichtern dürften, erneut in das Parlamentsnetzwerk einzudringen.⁰⁷

RUSSLANDS MEDIALE INSTRUMENTE

Die sichtbarsten Instrumente russischer Staatspropaganda in Deutschland sind die deutschsprachigen Medienangebote „RT Deutsch“ und „Sputnik Deutschland“ sowie die als PR-Publikation gestaltete Zeitungsbeilage „Russia Beyond the Headlines“, die alle aus Moskau staatlich finanziert werden.⁰⁸ Ihr Auftauchen auf dem deutschen Markt ab 2013 war Teil einer Medienoffensive des Kremls, die im Rahmen einer neuen *Soft-power*-Strategie eigentlich darauf abzielte, das Image Russlands international zu verbessern und die Sicht der russischen Regierung auf bestimmte Ereignisse stärker in die Welt zu tragen.⁰⁹

Während der russische Auslandssender RT in den USA, in Großbritannien oder auch in Ländern Südamerikas viel Geld investiert hat und mit einem Fernsehangebot präsent ist, fristet „RT Deutsch“ als Online-Portal ein Nischendasein

01 Vgl. Georg Mascolo/Nicolas Richter, Geheimdienste warnen vor Russland, 11.12.2016, www.sueddeutsche.de/1.3289771.

02 Vgl. Markus Wehner, Unser Mädchen Lisa, 31.1.2016, www.faz.net/-14043618.html.

03 Bundesregierung weist Lawrows Vertuschungs-Vorwurf zurück, 27.1.2016, www.dw.com/a-19007814.

04 Vgl. Mascolo/Richter (Anm. 1).

05 Alle Zitate in diesem Absatz ebd.

06 Vgl. Markus Wehner/Eckart Lohse, Sicherheitskreise: Russland hackte geheime Bundestagsakten, 11.12.2016, www.faz.net/-14568558.html. Dem Gründer von Wikileaks, Julian Assange, wird schon länger eine unkritische Haltung gegenüber der Kremlführung nachgesagt; seit April 2012 moderierte er im russischen Auslandssender RT eine eigene Interviewsendung.

07 Vgl. Reiko Pinkert/Hakan Tanriverdi, Zahlreiche Sicherheitslücken im Netzwerk des Bundestags, 12.4.2017, www.sueddeutsche.de/1.3462578.

08 Siehe <https://deutsch.rt.com>, <https://de.sputniknews.com> und <http://de.rbth.com>.

09 Vgl. Gemma Pörzgen, „Soft Power“ und Imagepflege aus Moskau. Leichtes Spiel für PR-Offensive in der Medienkrise, in: Osteuropa 1/2014, S. 63–88.

auf dem deutschen Medienmarkt. Das ursprünglich täglich gesendete Video-Journal „Der fehlende Part“ ist schon seit Längerem auf ein wöchentliches Angebot zusammengeschrumpft. Die eher an „Trash-TV“ erinnernde Nachrichtensendung krankte von Anfang an an mangelnder Qualität und offensichtlich einseitiger Ausrichtung. Kurz nach dem Start des Programms im November 2014 hatte der Chefredakteur, Iwan Rodionow, gegenüber dem Online-Magazin „Telepolis“ noch zuversichtlich angekündigt: „Ich sehe RT Deutsch in einem Jahr als eine anerkannte Stelle, wo man sich alternativ zum Mainstream informieren kann.“¹⁰ Von diesem Anspruch ist „RT Deutsch“ heute weit entfernt. Dazu beigetragen hat vor allem eine breite Medienberichterstattung, die das russische Portal von Beginn an kritisch begleitet hat und die journalistisch fragwürdigen Methoden offenlegte.

„RT Deutsch“ erreicht sein Publikum vor allem über Social-Media-Kanäle. Die Zugriffszahlen sind in den vergangenen Jahren stark gestiegen: Während das Portal im Sommer 2016 auf Twitter mit rund 13700 Followern noch kaum eine Rolle spielte, hat sich dieser Wert innerhalb eines Jahres mehr als verdoppelt. Auch die Zahl der Facebook-Freunde liegt heute bei rund 267000 (197600 im Juni 2016),¹¹ sodass bereits mehr Deutsche dieses Angebot auf Facebook zu nutzen scheinen als beispielsweise die Facebook-Präsenz des Deutschlandfunks, die nur rund 156200 „Likes“ zählt. „Es wird zwar nur ein Nischenpublikum bedient, aber dadurch, dass die Inhalte in sozialen Medien geteilt werden, gibt es einen gewissen Effekt, der sich schwer messen lässt“, sagt der Russlandexperte Stefan Meister von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Berlin.¹² Er beobachtet, dass russische Quellen wie die Auslandsmedien in bestimmten Milieus häufiger zitiert würden und dadurch ein bestimmtes russisches Narrativ stärker verbreitet werde. Als Beispiel nennt er russlandinteressierte Netzwerke und Sym-

pathisanten der Friedensbewegung, die zeigten, dass „RT Deutsch“ nicht nur bei Anhängern von Verschwörungstheorien Anklang finde, sondern durchaus bei einem weiteren Kreis.

Das seriöser gestaltete Online-Angebot „Sputnik Deutschland“ ist auf Facebook und Twitter weniger erfolgreich: Es zählt rund 14200 Follower auf Twitter und 186000 Facebook-Freunde, obwohl es länger auf dem Markt vertreten ist als „RT Deutsch“ – wenn auch zu Beginn noch unter der Traditionsmarke des Auslandsrundfunks „Stimme Russlands“. Als Vollprogramm kann man das Radioprogramm nur über die Website hören. Zwar haben regionale Privatsender einige Stunden des Programms übernommen, aber die Reichweite ist gering. Dennoch gelingt es „Sputnik Deutschland“ gelegentlich, auch prominente Politiker für Interviews zu gewinnen – so scheuten zum Beispiel weder der langjährige CDU-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Bosbach noch die SPD-Generalsekretärin Katarina Barley den Kontakt.¹³ Das direkt am Brandenburger Tor gelegene Büro hat „Sputnik Deutschland“ inzwischen allerdings aufgeben müssen und ist einige Straßen weiter in eine Etage des als Kulturzentrum dienenden „Russischen Hauses“ gezogen.

Fest etabliert hat sich die monatliche Verlagsbeilage „Russia Beyond the Headlines“, die der Wirtschaftszeitung „Handelsblatt“ beiliegt. Sie wird von einer Moskauer Redaktion erstellt, widmet sich überwiegend Wirtschaftsthemen und wird ebenfalls aus dem russischen Staatshaushalt finanziert. Die Zielgruppe der PR-Publikation und des dazugehörigen Internetauftritts sind in erster Linie deutsche Geschäftsleute. Das Vorläuferprodukt „Russland heute“ hatte als Beilage der „Süddeutschen Zeitung“ weitaus mehr deutsche Leser erreicht. Wegen der Krim-Annexion kündigte der Süddeutsche Verlag aber im März 2014 die Zusammenarbeit auf.

Vor allem „RT Deutsch“ zielt in seinen Beiträgen darauf ab, ein düsteres Bild der deutschen Gesellschaft zu zeichnen und Sachverhalte zu entstellen. „Auffallend ist auch, dass in der Berichterstattung die AfD und die Linkspar-

10 „Wir wurden gleich mit der Propaganda-Keule begrüßt“, Harald Neuber im Gespräch mit Iwan Rodionow, 24. 11. 2014, www.heise.de/-3368598.html.

11 Die Vergleichszahlen vom Juni 2016 stammen aus der Recherche für meinen Vortrag „The Lisa Case and Russian Propaganda in Germany“, gehalten auf der Konferenz des Atlantic Council „Russian Soft Power – Moscow's Struggle for Influence in Europe and How the EU Should Respond“ am 9. 6. 2016 in Rom.

12 Interview der Autorin mit Stefan Meister, April 2017.

13 Vgl. Bosbach: „Was ich jetzt sage, gilt als uneuropäisch, ist aber die Wahrheit“, 7. 1. 2017, <https://de.sputniknews.com/gesellschaft/20170107314028390>; „Gegen Intoleranz und Engstirnigkeit“ – SPD-Politikerin Barley im Sputnik-Interview, 23. 1. 2017, <https://de.sputniknews.com/politik/20170123314221445>.

tei überrepräsentiert sind“, urteilt Meister. Das liegt auch daran, dass „RT Deutsch“ als russisches Propagandainstrument mittlerweile einen so schlechten Ruf genießt, dass Politiker anderer Parteien den Kontakt meiden. Lediglich SPD-Politiker Matthias Platzeck plauderte als Vorsitzender des Deutsch-Russischen Forums im Februar 2017 mit Rodionow über die Chancen von Martin Schulz bei der Bundestagswahl und die deutsch-russischen Beziehungen, als handele es sich um ein seriöses Medium, wofür er einige Kritik erntete.¹⁴ Wie für alle Medien gilt aber natürlich auch für russische Medien in Deutschland die durch das Grundgesetz garantierte Meinungs- und Pressefreiheit, solange ihre Inhalte nicht strafrechtlich relevant werden. Als Mitglied des Vereins der Auslandspresse können auch RT-Vertreter die Bundespressekonferenz besuchen und dort Fragen an die Regierungssprecher stellen.

DESINFORMATION ODER HANDWERKLICHE FEHLER?

Im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung werden Beiträge der russischen Auslandsmedien aufmerksam, aber mit Gelassenheit verfolgt. „Eigentlich ist es das normale Geschäft“, sagt der stellvertretende Regierungssprecher Georg Streiter. Das Presse- und Informationsamt habe schon immer beobachtet, was über die Bundesregierung geschrieben werde und das schon lange auf die sozialen Medien ausgeweitet. Auf die Frage, welche Vorkommnisse die Bundesregierung bisher beunruhigt hätten, nennt Streiter vor allem den „Fall Lisa“ und einen weiteren Fall, der die Bundesregierung ebenfalls sehr beschäftigt habe. So sei im Juni 2016 im arabischen Dienst von RT die Falschmeldung aufgetaucht, dass Bundeskanzlerin Merkel muslimischen Wirten während des Fastenmonats Ramadan die Steuern erlassen habe. „Das war natürlich völliger Quatsch“, stellt Streiter klar. Im arabischen Raum habe die Falschmeldung aber die Runde gemacht, und es habe einige Zeit gedauert, sie wieder „einzufangen“ und den Sachverhalt richtigzustellen.¹⁵

Wer mit Regierungsvertretern spricht, wird bei der Frage nach konkreten Fällen auch auf eine angebliche „Fake-News-Attacke“ gegen die Bundeswehr in Litauen hingewiesen. Schaut man genauer hin, erweist sich aber, dass diese Geschichte auf einer erstaunlich dünnen Faktenlage beruht. Sie geht auf einen Artikel bei „Spiegel Online“ zurück, der im Februar 2017 in den ersten Tagen der Stationierung von Bundeswehrsoldaten in Litauen meldete: „Russland attackiert Bundeswehr mit Fake-News-Kampagne“, als seien die Soldaten ins Visier einer gezielten Desinformationskampagne der Moskauer Führung geraten. Wenig später korrigierte die Redaktion die Schlagzeile, nun hieß es nur noch: „Nato vermutet Russland hinter Fake-News-Kampagne gegen Bundeswehr.“ Die einzige Quelle für den Verdacht gegen Moskau war jedoch ein anonymen Informant, über den der Autor des Artikels schrieb: „Ein Nato-Diplomat sprach von einer erneuten Provokation der Russen, die gegen die temporäre Stationierung von Truppen an der Ostgrenze des Militärbündnisses protestieren. Bei der Allianz sieht man solche Attacken als erste Stufe der sogenannten hybriden Kriegführung durch die Russen.“¹⁶ Dabei hatte es nach Angaben der Bundeswehr nur eine einzige E-Mail gegeben, die im Büro des litauischen Parlamentspräsidenten Viktoras Prancietis eingetroffen war und deren Absender bis heute unbekannt ist. Darin wurde behauptet, eine Gruppe betrunkenen deutscher Soldaten hätte ein Mädchen aus einem Kinderheim vergewaltigt. Innerhalb weniger Stunden ermittelte die litauische Polizei, dass an der Geschichte nichts stimmte und informierte die Öffentlichkeit. In den litauischen Medien wurde noch darüber spekuliert, wer hinter dieser anonymen E-Mail gesteckt haben könnte. Doch der Verdacht gegen Moskau erschien offenbar plausibel und wurde weitergegeben. Ohne die Fakten selbst noch einmal zu prüfen, übernahmen viele deutsche Medien unkritisch die griffige Schlagzeile von „Spiegel-Online“ – ebenso wie das ganze Narrativ des Artikels, selbst die „Tagesschau“.¹⁷

¹⁴ Vgl. René Garzke, Matthias Platzeck gibt „RT Deutsch“ Exklusiv-Interview, 23. 2. 2017, www.pnn.de/brandenburg-berlin/1160279.

¹⁵ Interview der Autorin mit Georg Streiter, Februar 2017.

¹⁶ Matthias Gebauer, Nato vermutet Russland hinter Fake-News-Kampagne gegen Bundeswehr, 16. 2. 2017, www.spiegel.de/politik/ausland/a-1134925.html.

¹⁷ Vgl. Gemma Pörzgen, Eine E-Mail in Litauen ließ deutsche Medien Fake-News-Großalarm auslösen, 28. 2. 2017, <http://uebermedien.de/13187>.

Nach Einschätzung des Leipziger Medienwissenschaftlers Uwe Krüger entspricht dies immer häufiger einer gängigen Praxis, bei der sich Journalisten von der Empirie und der Notwendigkeit von Belegen verabschiedeten. „Etablierte Medien werfen alternativen Medien oft vor, dass sie Verschwörungstheorien verbreiten, und ihnen wird gerne unterstellt, dass sie komplexe Sachverhalte zu stark vereinfachen“, sagt Krüger. „Beim Thema Russland wird aber auch in etablierten Medien gerne auf die Empirie verzichtet und eine regelrechte Verdachtsberichterstattung betrieben.“ Auch wenn sich keine Belege finden ließen, hielten Journalisten gerne an ihren Thesen fest.¹⁸

Tatsächlich ist vor allem seit dem Wahlsieg Donald Trumps eine Fülle von Beiträgen erschienen, in denen mit einer gewissen Sensationslust das Bild einer wachsenden Bedrohung Deutschlands durch russische Propaganda gezeichnet wurde. So erschien ebenfalls im Februar 2017 in der Wochenzeitung „Die Zeit“ im Rahmen einer ganzen Artikelserie der Text eines Autorenteam, das behauptete, es gebe bereits einen erbitterten Kampf um die Bundestagswahl. In dem Text mit dem dramatisierenden Titel „Krieg ohne Blut“ heißt es: „Längst gibt es Hinweise darauf, dass Russland versuchen wird, in den deutschen Wahlkampf einzugreifen. So steht es in einem Bericht, den BND und Verfassungsschutz für das Kanzleramt erstellt haben. Das Ziel des Kreml ist es demnach nicht, einer bestimmten Partei zum Sieg zu verhelfen. Es geht darum, das Vertrauen der Bürger zu erschüttern: in die Sicherheit des Landes, in die Stabilität des täglichen Lebens, in die Integrität von Personen und Institutionen. Ein alles zersetzender Verdacht soll sich ausbreiten, die Demokratie schwächen – und jene stärken, deren politisches Geschäft die Angst ist. Ein destabilisiertes Deutschland in einer zerstrittenen Europäischen Union wäre schwach gegenüber Russland.“¹⁹ Nachvollziehbare Belege für diese Thesen blieb der Artikel allerdings schuldig.

Eine Veröffentlichung des erwähnten Geheimdienstberichts durch das Kanzleramt hätte vielleicht Licht ins Dunkel bringen können.

Aber das 50-seitige Dokument bleibt unter Verschluss und wurde nur von wenigen Eingeweihten gelesen, weshalb Fragen bleiben. Einige Medien, darunter die „Süddeutsche Zeitung“, berichteten, dass die deutschen Geheimdienste Regierungskreisen zufolge keine „Smoking Gun“, also keine eindeutigen Beweise für eine russische Desinformationskampagne gegen die Bundesregierung, gefunden hätten. Das Kanzleramt habe angeordnet, den Sachverhalt weiter zu untersuchen, denn der Bericht der Geheimdienste sei auch nicht als Freispruch zu werten. „Er analysiert den seit 2014 ‚konfrontativen Kurs‘ Russlands gegenüber Deutschland und nennt die Berichterstattung russischer Medien und deren deutsche Ableger wie etwa RT Deutsch oder Sputnik News regelrecht ‚feindselig‘.“ Es sei aber schwierig, die Grenze zwischen überzogener und falscher Berichterstattung und Desinformation zu ziehen.²⁰ Seither ranken sich vor allem Gerüchte um den Bericht. Einige Russlandexperten bezweifeln die Expertise der Autoren und die Qualität des Papiers, weil sie vor Erscheinen des Berichts selbst Anrufe von BND-Mitarbeitern bekommen hätten, bei denen sie um Auskunft gebeten worden seien. Dabei hätten sie keineswegs den Eindruck gewonnen, als hätten die Geheimdienstmitarbeiter stichhaltigere Informationen zu diesem Thema als Journalisten oder Wissenschaftler.

ÜBERTRIEBENE AUFREGUNG?

Russlandexperte Meister warnt davor, den Einfluss Moskaus auf die deutsche Politik zu überschätzen. „Da wird russischen Organen leicht eine Stärke zugeschrieben, die sie nicht haben“, meint er. Die Angst vor Russland werde von den deutschen Medien zum Teil stark aufgeblasen. Die regelrechte Russlandhysterie wird auch von Akteuren genährt, die offenbar eigene Propagandaintressen verfolgen. So erschien im November 2016 ein Bericht der US-Lobbyorganisation Atlantic Council mit dem Titel „The Kremlin’s Trojan Horses“, der zwar mehrere interessante Analysen verschiedener Autoren zu den russischen Netzwerkverbindungen nach Frankreich, Deutschland und Großbritannien enthält, sie

¹⁸ Interview der Autorin mit Uwe Krüger, März 2017.

¹⁹ Patrick Beuth et al., Krieg ohne Blut, 26.2.2017, www.zeit.de/2017/09/bundestagswahl-fake-news-manipulation-russland-hacker-cyberkrieg.

²⁰ Georg Mascolo/Nicolas Richter, BND: Keine Beweise für Desinformations-Kampagne Putins, 6.2.2017, www.sueddeutsche.de/1.3365839.

aber in einer Weise verpackt, die an der Seriosität des Vorhabens zweifeln lässt.²¹ Für Aufsehen und viel Kritik sorgte vor allem eine Tabelle, die einem Artikel von Stefan Meister über die russischen Verbindungen nach Deutschland hinzugefügt worden war. In dieser wurden angebliche „Trojanische Pferde“ aufgelistet, also vermeintliche pro-russische Schlüsselakteure des Kremls in Deutschland, die sehr pauschal gleichermaßen in der AfD, in der SPD und im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft ausgemacht wurden. In einem Interview mit der Deutschen Welle distanzierte sich Meister von der Überschrift und der Tabelle, die dann auf sein Bitten hin nachträglich entfernt wurde.²²

„Der Atlantic Council verfällt immer wieder in eine Kalte-Kriegs-Rhetorik und fährt auf der Schiene freie Welt gegen russische Geheimdienste“, sagt Meister heute über die Organisation, die er für ideologisch getrieben hält. Tatsächlich gehe das Vorgehen des Councils „an der Realität deutsch-russischer Beziehungen völlig vorbei“, da es Washington an Verständnis für den eigenen Charakter dieser Beziehungen fehle.²³

In den vergangenen Jahren organisierte und finanzierte der Atlantic Council in mehreren europäischen Ländern Konferenzen mit dem Schwerpunkt „Russische Propaganda“, in Berlin zum Beispiel im Juni 2015 unter dem Dach der Heinrich-Böll-Stiftung.²⁴ Auch die US-Botschaft lud wiederholt deutsche Journalisten mit Osteuropa-Schwerpunkt zum Gedankenaustausch über die russische Politik ein, bei denen auch namhafte US-Politiker ihre Sanktionspolitik gegenüber Moskau darlegten. Die dort ausgebreiteten Narrative fallen vor allem bei den vielen Transatlantikern in der deutschen Politik und im Journalismus auf fruchtbaren Boden, denen es an

eigener Landeskenntnis Russlands fehlt. Meister warnt davor, durch die US-amerikanische Brille auf Russland zu blicken.

Auf Distanz zu der „fast schon an Hysterie grenzenden Russlandangst“ ging kürzlich selbst der als engagierter Putin-Gegner bekannte frühere Leiter des Moskauer Büros der Heinrich-Böll-Stiftung, Jens Siegert. In seinem Blog warnt er unter der Überschrift „Putinhysterie“ vor Übertreibungen und setzt sich kritisch mit dem Phänomen der Panikmache in den USA, aber auch in Deutschland auseinander. Dabei weist er auf ein Titelblatt der „Zeit“ aus dem Februar 2017 hin, das den Reichstag in einem Fadenkreuz zeigte, versehen mit der übergroßen Schlagzeile „Deutschland im Visier“. Darunter hieß es: „Unbekannte Hacker versuchen jeden Tag, Unternehmen, Telefonnetze oder Regierungsapparate lahmzulegen und die Öffentlichkeit aufzuhetzen. Vieles spricht dafür, dass die Täter von Russland aus gesteuert werden.“²⁵ Dazu merkt Siegert kritisch an: „Wird der nächste Bundeskanzler oder die nächste Bundeskanzlerin in Moskau ausgesucht, möchte man gleich unwillkürlich nachfragen.“ Nachdenklich verweist der Publizist auf seine eigenen Erfahrungen mit 25 Jahren westlicher Unterstützung für eine demokratische Entwicklung in Russland und gibt zu bedenken, dass die Möglichkeiten, die Politik eines Landes von außen zu beeinflussen, grundsätzlich sehr beschränkt seien. „Möglich ist die Unterstützung von Trends in den jeweiligen Gesellschaften“, schreibt er. „Das Setzen von Trends von außen ist schlicht unmöglich. Dass die russische Führung das anders sieht und in einer Art von Verfolgungswahn schon seit vielen Jahren an allen Ecken und Enden vom Westen angezettelte Revolutionen wittert, ist kein Gegenbeweis.“²⁶ Dieser Aufruf zur Entwarnung schließt dennoch ein, aufmerksam zu bleiben, ob auch in Deutschland wirkliche Gefahren aufziehen, die in anderen europäischen Ländern längst bittere Realität geworden sind.

21 Vgl. Atlantic Council (Hrsg.), *The Kremlin's Trojan Horses*, 15. 11. 2016, www.atlanticcouncil.org/publications/reports/kremlin-trojan-horses.

22 Vgl. Michail Buschujew, Experte: Vize-Kanzler der BRD ist kein „trojanisches Pferd“ des Kreml (Russisch), 23. 11. 2016, www.dw.com/ru/a-36484525.

23 Interview (Anm. 12).

24 Siehe die Dokumentation der Veranstaltung „Russische Desinformation im 21. Jahrhundert“: Johannes Voswinkel, *Russische Propaganda und deutsches Schwanken*, 8. 7. 2015, www.boell.de/de/2015/07/08/russische-propaganda-und-deutsches-schwanken.

25 *Die Zeit*, 23. 2. 2017, S. 1.

26 Vgl. Jens Siegert, *Putinhysterie*, 16. 3. 2017, <http://russland.boellblog.org/2017/03/16/putinhysterie>.

GEMMA PÖRZGEN

ist freie Journalistin mit Schwerpunkt Osteuropa, sie lebt in Berlin.

www.gemma-poerzgen.de
gemma.poerzgen@gmx.net

DIE ERZÄHLUNG VOM ENDE DER SOWJETUNION ALS AUSSENPOLITISCHER REFERENZPUNKT

Felix Riefer

Am 18. März 2017 feierten pro-russische Gruppen in Sewastopol den dritten Jahrestag der russischen Annexion der völkerrechtlich weiterhin zur Ukraine gehörenden Halbinsel Krim. Auf einer Bühne sangen Kinder den russischen Rocksong „Die Flagge meines Staates“ von Denis Majdanow. Die Choreografie sah dazu ein patriotisches Befreiungsszenario vor: Zunächst tanzen Mädchen in blauen Kleidchen heiter umher. Doch offenbar wird das Idyll von einem imaginierten äußeren Feind bedroht, denn der Tanz wird von einer Gruppe von Jungen und Mädchen unterbrochen, die in Militäruniformen verkleidet und mit Gewehren bewaffnet einen Kampf inklusive Schusswechsellern und Granatwürfen darstellen. Nach der erfolgreichen Befreiungsaktion können alle zusammen weitertanzen und die russische Trikolore hissen. Dazu singt der Kinderchor den eingängigen Refrain:

*Ich gehe wieder einen Schritt nach vorn,
und ich hisse meine Flagge
durch böse Winde der Unruhe im Reich des
Unglaubens.
In diesem Kampf stehe ich in den Reihen
und glaube an meine Wahrheit.
Und ich hisse die Flagge meines Staates,
ich hisse die Flagge meines Staates.⁰¹*

Die Performance an sich mag eine unbedeutende Randerscheinung gewesen sein; symbolisch aber steht sie möglicherweise für mehr. Denn Majdanows Lieder erfreuen sich – zumindest bei staatlichen russischen Stellen – offenbar größter Wertschätzung: Seit Februar 2017 ist er „Verdienter Künstler der Russischen Föderation“, 2015 war er bereits Gewinner des „ersten Preises des FSB“ (dem Nachfolgedienst des KGB) in der Kategorie „Musische Kunst“. Wie also betrachten die russischen Funktionselementen, von denen viele sich

als Verteidiger ihres Staates gegen die „bösen Winde der Unruhe“ sehen, die Welt? Wie sieht „ihre Wahrheit“ aus, die von Majdanow besungen wird? Und noch wichtiger: Sprechen ihre historischen Narrative tatsächlich eine Mehrheit in Russland an – und inwiefern wirken sich entsprechend gefärbte Geschichtsdeutungen politisch aus?

Spätestens seit der Annexion der Krim im März 2014 spielt die Interpretation historischer Ereignisse bei der Bewertung und Legitimierung außen- und innenpolitischer Entscheidungen des Kremls eine übergeordnete Rolle. Neben den viel beachteten Reden von Präsident Wladimir Putin liefert auch der russische Außenminister Sergej Lawrow regelmäßig Hinweise auf die Wahrnehmungen innerhalb der Führungselite, etwa 2016 in einem Artikel für die Moskauer Zeitschrift „Russia in Global Affairs“. In diesem steckt er gleichsam einen historischen Interpretationsrahmen für die heutige russische Außenpolitik ab: Russland sei zwar ein europäisches Land, teile aber nicht die in Westeuropa verbreiteten Geschichtsbilder – etwa über das Ende der Sowjetunion. Die positive Rolle seines Landes in der Weltgeschichte begründe seine heutige Stellung „as one of the leading centers of the modern world, and as a source of values for development, security and stability“.⁰² Das Ausmaß der Politisierung von Geschichte und der betont alternativen Geschichtsdeutung zur Rechtfertigung aktueller Politik ist durchaus besorgniserregend – manche Beobachter sprechen bereits von einer „Securitization“ von Geschichte in Russland.⁰³

Um die vom Kreml geförderte Weltsicht und die entsprechenden Erzählungen zu verstehen, kommt man nicht umhin, die postsowjetische Entwicklung Russlands und seiner Beziehungen zum Westen zu rekapitulieren. Eine Frage drängt sich dabei besonders auf: Wie konnte aus Michail

Gorbatschows Politik, die geprägt war von *Glasnost* (Transparenz, Offenheit) und *Perestroika* (Umbau), die heutige Interpretation vom Ende der Sowjetunion – wonach dieses „die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ gewesen sei – entstehen? Bereits 2005, also 14 Jahre nach der Implosion des sozialistischen Imperiums, brachte Putin diese Deutung in einer Rede zur Lage der Nation deutlich zum Ausdruck.⁰⁴

WUNDERJAHR 1989 UND ZIVILISIERTE SCHEIDUNG

30 Jahre nachdem Nikita Chruschtschow seine geheime Rede auf dem 20. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) gehalten und die Entstalinisierung eingeläutet hatte, brachte Gorbatschow auf dem 27. Parteitag im Februar 1986 seine Perestroika-Politik auf den Weg. Im Einparteienstaat wurden zu dieser Zeit alle Lebensbereiche von der KPdSU reglementiert, so auch die „Mittel zur Masseninformati-on“ (SMI), wie die Medien in der Sowjetunion hießen und in Russland bis heute genannt werden. „Das Bewusstsein bestimmt das Sein“ – dieser Umdeutung der Devise des marxistischen Materialismus folgend („Das Sein bestimmt das Bewusstsein“), versuchte Gorbatschow seine Politik der Offenheit und des Umbaus durchzusetzen – maßgeblich unterstützt von Wegbegleitern wie dem Journalisten Jegor Jakowlew und Zeitungen wie „Moskowskije Nowosti“ und „Ogonjok“. Dabei war er davon überzeugt, dass eine Gesellschaft einen ungehinderten Informationsaustausch benötige und dieses Ziel nur in einer Demokratie zu realisieren sei.⁰⁵

Die neue Offenheit beschleunigte zwar nicht die Umgestaltung des Sozialismus, aber sie öffnete ein Ventil, das bald nicht mehr zu schließen war. Erstmals wurden staatliche Fehler und Verbrechen aus der Zeit des Stalinismus, die bis dahin

offiziell verschwiegen oder gar vertuscht worden waren, öffentlich eingeräumt. Auch unbequeme Meinungen, die zuvor dem offiziellen sowjetischen Narrativ untergeordnet waren, erhielten nun eine Öffentlichkeit. So richteten sich die Perestroika-Diskurse insbesondere auch auf die Aufarbeitung der Vergangenheit.

Sowohl Gorbatschow als auch Jakowlew gehörten der Generation der *Schestidesjatniki* („Sechziger“) an, die in den 1960er Jahren als junge Politiker die „Tauwetterperiode“ mitgeprägt hatten. In gewisser Weise wollten beide an diese Phase der gesellschaftlichen Öffnung vor der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 anknüpfen. Und tatsächlich lässt sich Alexander Dubčeks „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ durchaus als Vorlage für die Perestroika denken. Doch schon 1968 hatte sich deutlich gezeigt, dass das sowjetische System nur durch Gewalt zusammengehalten werden konnte: Die sogenannte Breschnew-Doktrin hatte den „Bruderstaaten“ nur begrenzte Souveränität und der Führung in Moskau das Recht eingeräumt, bei einer Bedrohung des Sozialismus notfalls wie in Prag gewaltsam einzugreifen. Insgesamt erfolgte die Öffnung durch Gorbatschow zunächst zögernd, entfaltete zum Ende des Jahrzehnts jedoch eine Eigendynamik.

International galt das Jahr 1989 schon bald als *annus mirabilis*, als Wunderjahr. Die Sowjetunion verabschiedete sich unter Gorbatschow von der Breschnew-Doktrin und entließ damit seine Satellitenstaaten in die Freiheit. Auch zwischen den Großmächten standen die Zeichen in dieser Zeit auf Entspannung und Annäherung. Zum Symbol dieser Tage der Versöhnung zwischen Ost und West wurde der Fall der Berliner Mauer.⁰⁶ Doch für die Sowjetunion entwickelte sich diese Lage zu einer existenziellen Krise: So löste sich nicht nur das Band zwischen Moskau und seinen Satelliten, auch die eigenen Unionsgebiete ignorierten die Weisungen aus dem Kreml zunehmend.

Der drohende Staatskollaps wurde schließlich in geordnete Bahnen gelenkt. So trafen sich

01 Siehe das Video von Radio Free Europe/Radio Liberty, 20.3.2017, www.youtube.com/watch?v=uQSRcaUeKTM. Für den Songtext in russischer Sprache siehe <https://mp3folder.org.ua/tekst-pestni/868921-denis-maydanov-rossiyskiy-flag.html>.

02 Sergey Lavrov, Russia's Foreign Policy in a Historical Perspective, in: *Russia in Global Affairs* 2/2016, S. 8–20, <http://eng.globalaffairs.ru/number/Russias-Foreign-Policy-in-a-Historical-Perspective-18067>.

03 Fabian Burkhardt, „Securitization“ von Geschichte? Russlands Archivagentur Rosarchiv in der Präsidentenvertikale, 30.4.2016, <https://erinnerung.hypotheses.org/745>.

04 Vgl. Putins Rede zur Lage der Nation, 25.4.2005, dokumentiert in: *Russland-Analysen* 63/2005, S. 13f.

05 Zur Rolle der Medien während der Perestroika vgl. Arkady Ostrovsky, *The Invention of Russia. The Journey From Gorbachev's Freedom to Putin's War*, London 2015.

06 Vgl. Detlev Preuß, *Umbruch von unten. Die Selbstbefreiung Mittel- und Osteuropas und das Ende der Sowjetunion*, Wiesbaden 2014.

am 8. Dezember 1991 mit Boris Jelzin, Leonid Krawtschuk und Stanislaw Schuschkekewitsch die Staats- und Regierungschefs der drei slawischen Sowjetrepubliken Russland, Ukraine und Belarus im belarussischen Wiskuli. Gorbatschow als Präsident der Sowjetunion wurde nicht beteiligt. Auf einem Jagdschloss im Belowescha-Urwald im belarussisch-polnischen Grenzgebiet handelten sie einen Kompromiss aus. Mit dem so entstandenen Dokument, das als Belowescha-Abkommen in die Geschichtsbücher eingehen sollte, gründeten sie die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). In der Präambel hieß es: „Die UdSSR, als Subjekt des internationalen Rechts und als geopolitische Realität, hat aufgehört, zu existieren.“⁰⁷ Den Teilstaaten der Sowjetunion, aber auch anderen Staaten, die die Ziele und Prinzipien der Vereinbarung teilten, wurde freigestellt, der neuen Gemeinschaft beizutreten.

Nur wenige Tage später schlossen sich ihnen die anderen Sowjetrepubliken – mit Ausnahme Estlands, Lettlands, Litauens und Georgiens – beim Treffen ihrer Präsidenten in Kasachstan an. Georgien sollte wenige Jahre später beitreten, die drei baltischen Staaten aber, die bereits 1990 ihre Unabhängigkeit erklärt hatten, sahen und sehen sich nicht als Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Sie betrachten ihre erzwungene Eingliederung in die Sowjetunion 1944 als illegal und völkerrechtlich unwirksam. Die Vertreter der anderen Republiken bestätigten das Ergebnis aus Wiskuli und unterzeichneten am 21. Dezember 1991 die sogenannte Alma-Ata-Erklärung, in der die Auflösung der Sowjetunion festgeschrieben wurde: „In Anerkennung und Achtung der territorialen Integrität eines jeden und der Unverletzlichkeit bestehender Grenzen (...) hört die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken mit der Schaffung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten auf, zu existieren.“⁰⁸

Von Anfang an war dieser Konsens jedoch durch zwei entgegengesetzte Zielsetzungen ge-

prägt: Während ein Teil der Unterzeichnerstaaten, namentlich Russland, eine Art Übergangsbild zu einer späteren Konföderation oder gar Föderation des ehemals sowjetischen Gebiets anstrebte, sah ein anderer Teil in der Erklärung in erster Linie die Möglichkeit für eine „zivilisierte Scheidung“. Dies gilt etwa für die Ukraine, für die die GUS nicht mehr war als ein Übergangsbild auf dem Weg zur nationalen Selbständigkeit.⁰⁹ Die Spannung zwischen diesen gegenläufigen Auffassungen spiegelt sich wider bis in heutige Konflikte.

In seiner am 25. Dezember 1991 im Fernsehen ausgestrahlten „Ansprache an die Sowjetbürger“, zugleich seine Rücktrittserklärung, resümierte Gorbatschow dem damaligen Zeitgeist entsprechend: „Wir öffneten uns der Welt und verzichteten auf die Einmischung in fremde Angelegenheiten sowie auf den Einsatz von Truppen außerhalb unseres Landes. Und man antwortete uns mit Vertrauen, Solidarität und Respekt (...) Wir wurden zu einer der wichtigsten Stützen bei der Umgestaltung der modernen Zivilisation auf friedlicher und demokratischer Basis. Die Völker und Nationen haben die reale Freiheit erhalten, den Weg ihrer Entwicklung selbst zu bestimmen (...).“¹⁰

VOM KONSENS ZUM TRAUMA

Die kurz zuvor noch verfeindeten Blöcke schien nun nichts mehr zu trennen. Mit der Sowjetunion endete die bisherige Zweiteilung der Welt, und der vielzitierte US-amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama rief optimistisch das „Ende der Geschichte“ aus, weil sich die liberale Demokratie als einzige Regierungsform endgültig durchgesetzt habe.¹¹ Auch der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker sprach in diesem Sinne, als er beim Staatsakt zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 sagte: „Der Kalte Krieg ist überwunden. Freiheit und Demokratie haben sich bald in allen Staaten durchgesetzt. Nicht durch Zwang von

07 Deutsche Fassung des Abkommens: Die Vereinbarungen der drei Republiken, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 10. 12. 1991, S. 3. Das Originaldokument soll inzwischen aus den belarussischen Archiven verschwunden sein. Vgl. Auflösungsurkunde der Sowjetunion verschwunden, 7. 2. 2013, www.welt.de/article113453413.

08 Deutsche Fassung: Erklärung von Alma Ata – Gemeinschaft, Strukturen, Atomwaffen, Vereinte Nationen, in: FAZ, 23. 12. 1991, S. 4.

09 Zur Rolle der Ukraine im Zerfallsprozess der Sowjetunion vgl. Serhii Plokhyy, *The Last Empire. The Final Days of the Soviet Union*, New York 2015.

10 Für die vollständige Ansprache siehe www.youtube.com/watch?v=1Own3QRa0Jc.

11 Vgl. Francis Fukuyama, *The End of History and the Last Man*, London 1992.

Vormächten, sondern aus freien Stücken können sie nun ihre Beziehungen so verdichten und institutionell absichern, daß daraus erstmals eine gemeinsame Lebens- und Friedensordnung werden kann.“

Für die Menschen in Russland erfüllte sich der Wunsch nach liberaler Demokratie jedoch nicht. Stattdessen erlebten sie während der Präsidentschaft Jelzins (1991 bis 1999) die Realität einer Transformationsökonomie in einer „defekten Demokratie“,¹² die zunehmend zum „kompetitiven Autoritarismus“ wurde.¹³ Zudem verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage vieler Russinnen und Russen, was den Boden für Sowjetnostalgie und Nationalismus bereitete. Die Auflösung des Imperiums wurde von keiner politischen Kraft adäquat thematisiert. So verkam das Belowescha-Abkommen im postimperialen Trauma zum „Belowescha-Syndrom“. Als solches bezeichnet der russische Historiker Andrej Subow den vor allem in Russland kultivierten Mythos, wonach die Sowjetunion nicht durch eigene Unzulänglichkeiten, sondern durch einen vom Ausland gesteuerten Staatsstreich zerstört worden sei. Im Grunde handle es sich um „eine Art postsowjetische Dolchstoßlegende“.¹⁴ Auch Jegor Gajdar, einer der Autoren des Abkommens von Belowescha und späterer Wirtschaftsminister Russlands, warnte bereits 2006: „Die Wahrheit über den Zusammenbruch der Sowjetunion, seine Gründe und Mechanismen, ist meines Erachtens noch nicht in systematischer Form vorgetragen worden. (...) Die Legende von dem blühenden, mächtigen Reich, das feindliche Ausländer vernichtet haben, ist ein Mythos, der die Zukunft des Landes gefährdet.“¹⁵

Ausgehend von der Logik dieses Mythos artikulierte die russische Staatsführung seit dem Amtsantritt Putins als Präsident zum Jahreswechsel 1999/2000 zunehmend offensiv ihre Unzufriedenheit mit Russlands internationaler Rolle – die postbipolare, postsowjetische, post-

imperiale Stellung des Landes entsprach nicht den eigenen Vorstellungen und sollte nicht länger akzeptiert werden. So wurden die „Wunderjahre“ nach und nach zur „geopolitischen Katastrophe“ uminterpretiert. Spätestens der russisch-georgische Krieg im August 2008 zeigte deutlich, dass Russland die anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion nach wie vor als seine Vorhöfe betrachtet.

Zugleich betrieb der Kreml eine rigide Rezentralisierungspolitik: Schlüsselindustrien wurden zunehmend wieder unter staatliche Kontrolle gebracht, Medien regelrecht gleichgeschaltet und jedwede ernstzunehmende Opposition weitgehend zerschlagen.¹⁶ Aus dem „Oligarchen-Kapitalismus“ der Jelzin-Jahre wurde unter Putin ein bürokratischer „Staatskapitalismus“, die „Kreml AG“.¹⁷ Die Investigativjournalisten Andrej Soldatow und Irina Borogan zeichneten bereits 2010 in ihrem Buch „The New Nobility“ den Prozess der schleichenden Übernahme des russischen Staates durch den Geheimdienst nach.¹⁸

Mit dem Beginn seiner dritten Amtszeit 2012 hat Putin den außenpolitischen Kurs nochmals verschärft: Wurde vormals wenigstens ein demokratischer Anschein gewahrt und Interesse an einer Integration in westliche Strukturen und später zumindest noch an einer engen Kooperation bekundet, ist die ideologische Ausrichtung inzwischen offen konfrontativ. Die russische Regierung erhebt dabei Anspruch auf die Führung einer neuen „konservativen“ Strömung in den internationalen Beziehungen und unterhält gute Kontakte unter anderem zum Front National und dem Mouvement pour la France in Frankreich, zur UK Independence Party in Großbritannien oder der ungarischen Jobbik, aber auch zum ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán (Fidesz).¹⁹

Vor diesem Hintergrund bleiben die akkurate Darstellung historischer Ereignisse sowie

12 Vgl. Swetlana Alexijewitsch, *Secondhand-Zeit. Ein Leben auf den Trümmern des Sozialismus*, Berlin 2015.

13 Vgl. Steven Levinsky/Lucan A. Way, *Competitive Authoritarianism*, New York 2010.

14 Vgl. „Putin ist wie ein Pilz“, Gespräch von Felix Riefer mit Andrej Subow, 24.3.2015, www.theeuropean.de/andrei-subow/9941.

15 Jegor Gajdar, *Der Untergang eines Imperiums*, Wiesbaden 2016 (russische Originalausgabe 2006), S. 31.

16 Vgl. Margareta Mommsen, Putins „gelenkte Demokratie“: „Vertikale der Macht“ statt Gewaltenteilung, in: Matthes Buhbe/Gabriele Gorzka (Hrsg.), *Russland heute. Rezentralisierung des Staates unter Putin*, Wiesbaden 2007, S. 235–252, hier S. 242.

17 Vgl. KGB Inc. Who Vladimir Putin Trusts to Run Russian Business, 20.1.2005, www.economist.com/node/3577884.

18 Vgl. Andrei Soldatow/Irina Borogan, *The New Nobility. The Restoration of Russia's Security State and the Enduring Legacy of the KGB*, Philadelphia 2010.

19 Vgl. Marlène Laruelle, *Eurasianism and European Far Right: Reshaping the Europe-Russia Relationship*, Lexington 2015.

die jeweiligen Interpretationen und verschiedenen Wahrnehmungen ein politisch dicht vermintes Gebiet. Folglich werden gerade die Umbruchsjahre nach dem Ende der Sowjetunion auf unbestimmte Zeit ein extrem wichtiger beziehungsweise unumgänglicher Bezugs- und Ausgangspunkt für tiefergehende Analysen über den postsowjetischen Raum bleiben.

Lew Gudkow, der Leiter des unabhängigen Meinungsforschungsinstituts Lewada-Zentrum in Moskau, kommentierte die gesellschaftliche Situation in Russland besonders anschaulich in der Zeitschrift „Snob“: „Wenn die Russländer auf nichts mehr stolz sein können, dann schaffen sie sich einen Feind.“²⁰ Er berief sich dabei auf die repräsentativen Umfragen seines Instituts, das seit 1989 die Frage „Hat denn unser Volk Feinde?“ stellt. Noch gegen Ende der Sowjetunion machten lediglich 13 Prozent der Befragten einen äußeren Feind für die Misere im eigenen Land verantwortlich. Erst mit dem Amtsantritt Putins stieg dieser Wert auf 78 Prozent. Gudkow sieht darin die Spiegelung von Putins Politik der „massiven negativen Konsolidierung der Gesellschaft“, die auf eben diese äußeren Feinde abziele. Zumindest das Narrativ einer Bedrohung durch äußere Feinde scheint also bei einer Mehrheit zu verfangen.

Zur Frage, inwieweit Russland dabei tatsächlich einer Ideologie folgt, lässt sich auf den französischen Philosophen Michel Eltchaninoff verweisen, der in seinem Buch „In Putins Kopf“ konstatiert: „Der russische Präsident möchte seine Spuren in der Geschichte hinterlassen. Dafür sind Ideen unverzichtbar, die tief in der Geschichte des Landes verankert sind. Die Frage, ob er an sie glaubt oder nicht, ist dabei nebensächlich. Vielleicht ist Wladimir Putin wie Dostojewskis Held Dmitri Karamasow ein ‚weites Gefäß‘, zugleich ernsthaft zynisch und ernsthaft idealistisch.“²¹

20 Lew Gudkow, *Kogda rossijanam nečem gordit'sja oni sozdajut sebe vraga* (Wenn die Russländer auf nichts mehr stolz sein können, dann schaffen sie sich einen Feind), 11.8.2014, <https://snob.ru/profile/10069/blog/79594>.

21 Michel Eltchaninoff, *In Putins Kopf. Die Philosophie eines Lupenreinen Demokraten*, Stuttgart 2016, S. 33.

22 Wladimir Putin, *Botschaft des Präsidenten an die Föderale Versammlung der Russischen Föderation*, 3.4.2001, <http://kremlin.ru/events/president/transcripts/21216>.

23 Semjon Slepakow, *Pesnja pro nef' (Das Lied vom Öl)*, 1.5.2015, www.youtube.com/watch?v=T_U7HxOzhWw.

SCHLUSS

Dass die mit historischen Argumenten unterfütterte Außenpolitik Russlands auch innenpolitisch relevant ist, hat Putin selbst bereits 2001 betont: „Die Außenpolitik ist sowohl Indikator als auch wesentlicher Faktor der innerstaatlichen Entwicklung. Hier darf es keine Illusion geben. Davon, wie geschickt und effektiv wir unsere diplomatischen Ressourcen nutzen, hängt nicht nur die Autorität Russlands in der Internationalen Arena, sondern auch die politische und wirtschaftliche Situation im Land selbst ab.“²² Dies gilt genauso auch umgekehrt: Außenpolitisch lässt sich teilweise wettmachen, was innenpolitisch an Vertrauen fehlen würde.

Ein baldiges erneutes Umdenken der russischen Regierung in Richtung Entspannungspolitik wie in den Gorbatschow-Jahren ist angesichts des aktuellen außenpolitischen Konfrontationskurses derzeit nicht zu erwarten. Gleichzeitig aber können die gegenwärtig relativ niedrigen Öl- und Gaspreise die wirtschaftliche Erholung des Landes nicht wie noch zu Beginn der Putin-Ära gewährleisten. Die Bevölkerung muss den Gürtel daher zunehmend enger schnallen, und um die wachsende Unzufriedenheit zu beherrschen, reagiert der Staat immer häufiger mit repressiven Maßnahmen.

So fragen sich viele Menschen in Russland, was der russische Liedermacher Semjon Slepakow in seinem satirischen Song „Das Lied vom Öl“ aus der Perspektive eines Fabrikarbeiters zum Ausdruck bringt, in dem er „die da oben“ fragt:

*Ich bin natürlich sehr froh darüber,
dass bei euch jetzt bald wieder der Ölpreis steigt,
Scheiße, und was is' wenn nicht? Und was wird,
wenn nicht?*

*Ich habe verstanden, dass alles besser wird, wenn
der Ölpreis wieder steigt
Scheiße, und was is' wenn nicht? Und was wird,
wenn nicht?²³*

FELIX RIEFER

ist Politikwissenschaftler und promoviert am Lehrstuhl für Internationale Politik und Außenpolitik der Universität zu Köln zum Thema „Russlands Außenpolitik unter Putin“.
felix.riefer@sciencespo.fr

STALINGRAD: GEMEINSAME ERFAHRUNG, GETRENNTES ERINNERN?

Jens Ebert

Die Schlacht um Stalingrad (heute Wolgograd) von August 1942 bis Anfang Februar 1943 hat sich in das europäische Bewusstsein tief eingegraben als eine entscheidende Wende im Zweiten Weltkrieg. Obgleich andere Schlachten militärisch bedeutender gewesen sein mögen, hatte sie sowohl auf deutscher als auch auf sowjetischer Seite eine besondere psychologische Wirkung. So spielte der symbolüberladene Kampf um die Metropole an der Wolga über Jahrzehnte hinweg, bis in unsere Gegenwart, eine zentrale Rolle in der deutschen und sowjetischen beziehungsweise russischen Erinnerung an den Krieg. Dass diese äußerst unterschiedlich, widersprüchlich, gar gegensätzlich war (und ist), liegt im Ereignis selbst begründet. „Stalingrad“ war nicht nur eine bedeutende militärische Auseinandersetzung zwischen Wehrmacht und Roter Armee. Die Schlacht wurde von den Kriegsgegnern ideologisch und weltanschaulich aufgeladen und galt bald als persönlicher Kampf der beiden Oberbefehlshaber Josef Stalin und Adolf Hitler.

Die Ideologisierung der Schlacht wurde nach ihrem Ende auf beiden Seiten weitergeführt: Die Nationalsozialisten inszenierten einen Untergangsmythos, der den Kampfeswillen der kriegsmüden deutschen Bevölkerung ein letztes Mal befeuern sollte. Der von der NS-Propaganda beförderte Stalingrad-Mythos fand seinen Widerhall auch nach 1945, wurde dekonstruiert, erneuert und verändert. Fortan wurde die Schlacht auf vielfältige Weise mit mythischen Ereignissen und legendären Begebenheiten verglichen. Die Sowjetunion dagegen organisierte einen Siegesmythos, um die Überlegenheit des Sozialismus zu demonstrieren und die Soldaten zum Weiterkämpfen zu motivieren. Mit dem Aufstieg zur Atom- und Supermacht nach dem Krieg wurde dieser noch verstärkt, und er sollte bis zum Zerfall der Sowjetunion nahezu unverändert fortwirken. Soldaten und Offiziere der Schlacht wurden auf beiden Seiten als „Helden“ verehrt.

KEINE STUNDE NULL

In den Nachkriegsgesellschaften der Bundesrepublik und der DDR wurden die alten Wehrmachtseliten schon bald wieder umworben. Scheinbar nahtlos gingen sie – nun auf verschiedenen Seiten der „Front“ – als Autoritäten vom heißen in den Kalten Krieg über. Anders als im Westen Europas verlängerte der Kalte Krieg die Frontstellung im Osten. Eine gemeinsame Erinnerung von Deutschen und Sowjetbürgern war nicht möglich, da man sich bei den ehemaligen Kriegsgegnern kaum auf etwas einigen konnte, an was – und vor allem wie – erinnert werden sollte. Selbst das Gedenken der Deutschen in Ost und West war unterschiedlich und selektiv. Die Ausgangspunkte für einen gemeinsamen Umgang mit der jüngsten Vergangenheit hätten in der Nachkriegszeit nicht ungünstiger sein können. Zu verschieden, ja gegensätzlich waren die Sichtweisen, Deutungen und Wertungen. Eine Aussöhnung, wie sie in Westeuropa nach dem Ersten und auch nach dem Zweiten Weltkrieg zumindest teilweise gelang, war im Osten kaum möglich. Hier hatte Nazideutschland einen unvergleichbar brutaleren Feldzug geführt, der von Anfang an als Vernichtungskrieg geplant gewesen war.

Die Kontinuität von Antikommunismus und Antisowjetismus in der Adenauer-Ära sowie Wiederbewaffnung und Westintegration reaktivierten in Moskau alte Bedrohungs- und Invasionsängste. Andererseits schürte die Stalinisierung der Verhältnisse in der SBZ/DDR in Bonn Befürchtungen vor einem expansiven Kommunismus. An Verhältnisse, in denen es möglich war, sich der Kriegserinnerung gemeinsam – kritisch und vorurteilsfrei – zu nähern, war überhaupt erst zu denken, als die politischen Veränderungen ab Mitte der 1980er Jahre, die nicht nur den Osten Europas, sondern auch – oftmals unbemerkt – Sichtweisen im Westen veränderten, alte Frontstellungen endgültig aufbrachen. Einen be-

deutenden Anteil am Gedenken und Erinnern der Schlacht in allen Phasen der Geschichte hatten Schriftsteller und Publizisten. In der Sowjetunion sollen fast 5000 Werke über die Schlacht um Stalingrad entstanden sein.⁰¹ Aber auch in Deutschland – Ost wie West – geht die Anzahl der Publikationen zumindest in die Hunderte.

SOWJETISCHE ERINNERUNG: „SCHLACHT DES JAHRHUNDERTS“

Der sowjetische Marschall Wassili Tschuikow nannte die Schlacht um Stalingrad später die „Schlacht des Jahrhunderts“.⁰² Er hatte als Generalleutnant die 62. Armee befehligt, die die Hauptlast bei der Abwehr der deutschen Angriffe auf das Stadtzentrum getragen und während der gesamten Zeit einen schmalen Streifen am Ufer der Wolga gehalten hatte. Noch heute speist sich aus dem Zweiten Weltkrieg im Allgemeinen und der Schlacht um Stalingrad im Besonderen ein guter Teil des russischen Selbstbewusstseins – stehen der „Große Vaterländische Krieg“ und die Schlacht doch für stabilisierende Grundwerte der russischen Gesellschaft, so wie es schon für die sowjetische Gesellschaft der Fall war.

Bereits unmittelbar nach dem Ende der Schlacht sorgte eine Historikerkommission unter Leitung des angesehenen Moskauer Professors Isaak Minz für eine umfangreiche Befragung von Soldaten und Zivilisten, die die Kämpfe erlebt hatten. Dadurch, dass die Kommission verschiedene Zeugen zu den gleichen Vorgängen befragte, entstand ein fundiertes und differenziertes Gesamtbild – traditionsstiftend aber wurde es nie. „Die sowjetische Stalingrad-Geschichtsschreibung ist eine sehr heroisierende, die in ihrer Heroisierung auch dazu neigte, die einzelnen sprechenden Zeitzeugen zu unterdrücken.“⁰³ Deswegen und weil die Rolle Stalins propagandistisch immer weiter ausgebaut wurde, kamen die Dokumente ins Archiv und lagerten dort über Jahrzehnte unbearbeitet. Minz fiel nach dem Krieg bei den Machthabern im Kreml in Ungnade, und so konnten

die Aufzeichnungen erst 2012 von dem deutschen Historiker Jochen Hellbeck zusammen mit russischen Kollegen veröffentlicht werden.⁰⁴

Nach 1945 wurde zu den Jahrestagen der Sieg von Stalingrad in allen Medien gefeiert. Die grundlegende Perspektive änderte sich in sowjetischer Zeit kaum. Zu Anfang standen allein Stalin und – mit gebührendem Abstand – einige seiner Generale im Fokus. Ihnen beigeordnet waren ausgewählte Geschichten über „Helden“ aus dem einfachen Volk, etwa des berühmten Scharfschützen Wassili Saizew. Die Masse der Soldaten spielte keine wesentliche Rolle, die Darstellung ihrer prekären Lebensverhältnisse und mangelhaften Ausrüstung ging über zaghafte Versuche nicht hinaus. Dass auch sie unter Angst und Hunger litten, private Probleme hatten, mit der Kommunistischen Partei nicht immer einer Meinung waren oder von einem Leben jenseits des Krieges träumten, spiegelte sich in der öffentlichen Erinnerung nicht oder nur kaum wider. Eine der Ausnahmen stammt von Viktor Nekrassow. Sein Roman „In den Schützengräben von Stalingrad“ erschien bereits 1946. Der Autor war Offizier und schildert die Schlacht um Stalingrad aus der Sicht des unmittelbar Beteiligten. Sein Roman, den er im Lazarett zu schreiben begann, gilt bis heute als einer der authentischsten zum Thema. Die literarische Verarbeitung des Krieges hatte in der Sowjetunion allgemein eine große Bedeutung.⁰⁵

Nach der partiellen Entstalinisierung ab 1953 und dem „Taufwetter“ verlor Stalin allmählich seine herausragende Rolle in den offiziellen Erinnerungen. Vergessen wurde sie jedoch nie. Ab Ende der 1950er Jahre dominierten nun Einzelschicksale die offizielle Erzählung von der „großen Schlacht an der Wolga“. „Der Personenkult wurde quasi auf viele Volkshelden aufgeteilt, die – jeder an seiner Stelle oder in seiner Abhandlung – zum kultisch verehrten Helden stilisiert wurden: zu heldenhaften Scharfschützen, heldenhaften Artilleristen, heldenhaften Sanitäterinnen.“⁰⁶ Doch

01 Vgl. Sabine Rosemarie Arnold, *Stalingrad im sowjetischen Gedächtnis*, Bochum 1998, S. 179.

02 Wassili Iwanowitsch Tschuikow, *Die Schlacht des Jahrhunderts*, Moskau 1975.

03 Jochen Hellbeck im Gespräch mit Christoph Heinemann. Ein neuer Blick auf Stalingrad, 1.2.2013, www.deutschlandfunk.de/ein-neuer-blick-auf-stalingrad.694.de.html?dram:article_id=236190.

04 Vgl. Jochen Hellbeck, *Die Stalingrad-Protokolle: Sowjetische Augenzeugen berichten aus der Schlacht*, Frankfurt/M. 2012.

05 Stalin bezeichnete Schriftsteller gar als „Ingenieure der Seele“. Doch gerade die Sowjetgesellschaft bietet auch zahlreiche Beispiele für die fortwährende Kraft dissidenten Denkens und Schreibens. Der Autor Wassili Grossman etwa fügte der Erinnerung immer wieder kritische Facetten bei. Vgl. Wassili Grossman, *Wende an der Wolga*, Berlin (Ost) 1958; ders., *Leben und Schicksal*, Berlin 2007.

06 Arnold (Anm. 1), S. 185.

trotz aller politischen und gesellschaftlichen Veränderungen und Brüche zwischen Tauwetter und Glasnost blieb das heroische Bild vom sowjetischen Sieg bei Stalingrad weitgehend konsistent. Maßgeblich dafür war, dass sich der Sieg in einer großen Kesselschlacht für die Öffentlichkeit überzeugender darstellen ließ als etwa der militärisch vielleicht wichtigere Erfolg der Roten Armee in der offenen Feldschlacht vor Moskau 1941. Hinzu kommt, dass sich die „Chiffre“ Stalingrad aus mehreren Einzeltopoi zusammensetzte, die zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich stark akzentuiert wurden. Dadurch konnte sich das Stalingrad-Bild den sich wandelnden politisch-ideologischen Bedingungen anpassen, ohne daß es insgesamt neu konstruiert werden mußte.⁰⁷ Selbst in der *oral history* haben sich die Erzählungen und Deutungen relativ gleichförmig erhalten.⁰⁸

Die Krönung der sowjetischen Erinnerung bedeutete der Bau der Denkmalsanlage auf dem Mamajew-Hügel 1959 bis 1967. Sie wird weiterhin sichtbar dominiert von der Figur der „Mutter Heimat“, die mit ihren 84 Metern zu den höchsten Statuen der Welt gehört. Auch wenn in der Ruhmeshalle eine Endlosschleife von Robert Schumanns „Träumerei“ läuft, ist hier kein Platz für die Erinnerung an den Kriegsgegner, der in einem überlebensgroßen Relief der Außenanlage symbolisch zu einer Schlange verkommt, die der sowjetische Recke vernichtet.

BUNDESDEUTSCHE ERINNERUNG: VERRATENE SOLDATEN, VERLORENE SIEGE

In den Westzonen beziehungsweise in der Bundesrepublik ließ sich nach dem Krieg relativ unproblematisch an die alten bürgerlichen Gesellschaftsstrukturen anknüpfen. Die Teile der NS-Eliten, die 1949 in den Staatsdienst übernommen wurden, hatten nun ihren – erstaunlich geräuschlosen – Anteil am Aufbau einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Für die westdeutsche Sicht in der Nachkriegszeit wurde der Titel von Erich von Mansteins Memoi-

ren prägend: „Verlorene Siege“. Manstein war als Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Don direkter Vorgesetzter der in Stalingrad eingekesselten 6. Armee gewesen. In seinen Erinnerungen findet sich zwar die Einschätzung, der deutsche Überfall auf die Sowjetunion hätte der dortigen Zivilbevölkerung „Leid und unvermeidliche Härten gebracht“, doch seien diese „nicht zu vergleichen mit dem, was der Bombenterror für die Zivilbevölkerung in Deutschland gebracht“ habe.⁰⁹ Dass viele Westdeutsche sich nach 1945 als Opfer empfanden, zeigt auch der 1957 veröffentlichte Stalingrad-Roman „Die verratene Armee“ von Heinrich Gerlach, der ebenso wie Mansteins Memoiren zum Bestseller wurde.

Die Frage nach deutscher Schuld wurde in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit der Nachkriegszeit kaum gestellt beziehungsweise galt nach den Urteilen in den Nürnberger Prozessen als erledigt. Die Aversion gegen die Sowjetunion war aufgrund der Erinnerung an die harten Bedingungen in den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern, die sich oftmals in unwirtlichen Gegenden befanden, und der langen Internierungszeit weit verbreitet. Ausgeblendet wurde dabei, dass die Versorgung der deutschen Kriegsgefangenen zwar karg und oft nicht ausreichend war, aber in der Regel nicht schlechter als die der meisten Sowjetbürger, und dass die Wehrmacht mit der Politik der verbrannten Erde an der prekären wirtschaftlichen Situation durchaus ihren Anteil hatte. Die restriktive Informationspolitik der Sowjetunion in Bezug auf den Verbleib vieler Kriegsgefangener nährte – haltlose – Spekulationen über „Schweigelager“ in Sibirien und die Existenz von Sklavenbataillonen in sibirischen Erzgruben, die die Boulevardpresse dankbar aufnahm und beförderte. Selbst zaghafte Annäherungsversuche zwischen den ehemaligen Kriegsgegnern stießen auf heftigen Unwillen in der westdeutschen Öffentlichkeit. Ottmar Kohler, ein durch die Medien weithin bekannter Wehrmachtssarzt der 6. Armee, polemisierte im Oktober 1954 in einem offenen Brief heftig gegen ein Eishockeyspiel von Dynamo Moskau in Köln.¹⁰

Mit den gesellschaftlichen Veränderungen ab 1968 und dem Regierungsantritt von Wil-

07 Wolfram von Scheliha, „Stalingrad“ in der sowjetischen Erinnerung, in: Peter Jahn (Hrsg.), *Stalingrad erinnern. Stalingrad im deutschen und russischen Gedächtnis*, Berlin 2003, S. 24–32, hier S. 24.

08 Vgl. Arnold (Anm. 1), S. 55 ff.

09 Erich von Manstein, *Verlorene Siege*, Bonn 1998 (1958), S. 540.

10 Kohlers Biografie diente Heinz Konsalik als Vorlage für den 1956 erschienenen Roman „Der Arzt von Stalingrad“.

ly Brandt verlor sich in der Bundesrepublik das meist rückwärtsgewandte Interesse an Stalingrad. Der Zeitgeist hatte sich – etwas – gedreht. Dass die Aufmerksamkeit für Stalingrad auf einen Tiefpunkt sank, war „nicht nur auf die Abneigung der westdeutschen Mehrheitsgesellschaft und ihrer Medien gegenüber dem Thema zurückzuführen. Auch die davon unmittelbar Betroffenen, also jene ehemaligen Wehrmachtssoldaten, die ‚Stalingrad‘ und Kriegsgefangenschaft überlebt hatten, waren zu dieser Zeit an einer Rhetorikalisierung offenbar wenig interessiert. (...) Einerseits offenbar in hinreichender Distanz zu der traumatischen Erfahrung ihrer jungen Erwachsenenzeit, andererseits noch nicht alt genug, um das Bedürfnis zu verspüren, sich ihr in bilanzierender Weise noch einmal zu stellen.“¹¹

Anders als in der DDR, wo die Erinnerung an die gefallenen Wehrmachtssoldaten verdrängt wurde, wurde sie in der Bundesrepublik zu einem Ritual erhoben. Lange spielten dabei nur die eigenen Opfer eine Rolle. Regelmäßig veranstaltete der 1958 gegründete Bund ehemaliger Stalingradkämpfer Gedenkveranstaltungen, teilweise unter Beteiligung der Bundeswehr. Das Gedenken hatte dabei auch immer einen Bezug zur aktuellen politischen Verfasstheit der Gesellschaft. So protestierte der Stalingradbund 1988 – erfolglos – gegen die Würdigung des Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD) und des Bundes Deutscher Offiziere (BDO) in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Beide Organisationen waren 1943 kurz nach der Schlacht von Stalingrad von deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion gegründet worden, was sie in den Augen vieler Mitglieder des Stalingradbundes pauschal zu kommunistischen Handlangern machte. Die Blockbildung nach 1945 hatte die alte Kameradschaft offenbar ausgehöhlt. 1990 nahm der Stalingradbund einige neue Mitglieder aus der DDR auf. Einem teilnehmenden Pfarrer kamen Zweifel am Ritual: „Ist das, was wir hier tun, nicht anachronistisch, von der Geschichte nicht längst überholt?“¹² 2004 beschloss der Bund schließlich seine Auflösung.

11 Norbert Frei, „Stalingrad“ im Gedächtnis der (West-)Deutschen, in: Jahn (Anm. 7), S. 8–15, hier S. 13.

12 Zit. nach Michael Kumpfmüller, Ob Recht oder Unrecht. Stalingrad erinnern oder: Warum sich Vergangenheit nicht bewältigen läßt, 12. 10. 1990, www.zeit.de/1990/42/ob-recht-oder-unrecht/komplettansicht.

Zahlreiche kleinere Stalingrad-Gedenkstätten entstanden in Westdeutschland und Österreich, die stets ausschließlich an Leid und Tod der Wehrmachtssoldaten erinnerten – die prominenteste wohl in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche Berlin. Hier fand die von Kurt Reuber in sowjetischer Gefangenschaft geschaffene „Stalingrad-Madonna“ nach dem Krieg ihren Platz. Heute werden hier auf einer Informationstafel zumindest auch die Stalingrader Zivilisten erwähnt, die im deutschen Bombenhagel starben.

ERINNERUNG IN DER DDR: AUF DER SEITE DER SIEGER

In der SBZ/DDR war die Einbeziehung der Wehrmachtssoldaten in die neue Gesellschaftsordnung, vor allem aber deren Legitimierung, komplizierter als in der Bundesrepublik. Die Deutschen hatten „noch mit allen Vieren Granaten gedreht für Hitler“ (Heiner Müller). Wie konnte man mit ihnen jetzt den Sozialismus aufbauen? Prägend für die ostdeutsche Nachkriegsgesellschaft ist der Begriff der „Wandlung“ in einer Mischung aus Legende, Opportunismus, ehrlichem Angebot und bewusstem Bestreben. Die Anschauungen vieler Angehöriger der 6. Armee hatten sich durch ihre Erfahrungen zum Teil radikal verändert: „Das fürchterliche Stalingrad hat uns aufgerüttelt und sehend gemacht“, schrieb etwa der ehemalige Wehrmachtsgeneral Otto Korfes in einer seiner ersten Postkarten aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft.¹³ Die Schlacht wurde in zahlreichen Texten als Ausgangspunkt eines schmerzlichen Wandlungsprozesses nicht nur von Einzelnen, sondern von weiten Teilen der deutschen Bevölkerung thematisiert. Dieser Wandel sowie die mit ihm verbundene Vorstellung von einer Katharsis gehören zum Grundinventar marxistischer Gesellschafts- und Kulturtheorie – und zum Gründungsmythos der DDR.

Am überzeugendsten war eine solche Wandlung in vielerlei Hinsicht bei den „Stalingradern“. Wie keine andere Gruppe von Wehrmachtssoldaten fühlte sie sich von der NS-Führung „ver-

13 Die Karte wurde dem Verfasser 2001 gezeigt. Sie befand sich damals im Besitz von Korfes Tochter und Biografin Sigrig Wegner-Korfes. Heute ist sie im Korfes-Nachlass im Bundesarchiv. Vgl. auch Sigrig Wegner-Korfes, Weimar – Stalingrad – Berlin. Das Leben des deutschen Generals Otto Korfes, Berlin 1994.

raten“, was der an Heinrich Gerlach erinnernde Romantitel „Verratene Grenadiere“ (1967) von Helmut Welz dokumentiert. Es waren ehemalige Stalingrad-Kämpfer, die 1943 maßgeblich an der Gründung des NKFD beteiligt gewesen waren. An der Seite emigrierter deutscher Kommunisten und Sozialisten, Politiker und Künstler hatten sie sich, geschult durch sowjetische Intellektuelle und Angehörige der Roten Armee, aktiv für einen Sturz des NS-Regimes und eine rasche Beendigung des Zweiten Weltkrieges eingesetzt. Da sich viele Stalingrader als verlässliche Partner im Kampf gegen Hitler erwiesen hatten, wurde ihnen auch im Nachkriegsdeutschland eine wichtige Rolle zugeordnet. Weil an ihnen nach Kriegsende im Westen das Stigma des Verrats haftete, war es durchaus plausibel, nach der Entlassung aus der Gefangenschaft in die SBZ zu gehen. Ein gewisser Druck der Roten Armee tat sein Übriges.

So wurde der genannte General Korfes, im Zivilberuf Archivar, zunächst Leiter des DDR-Zentralarchivs in Potsdam. Doch schon kurze Zeit später verließ er diesen Posten wieder: „Sie waren mir in Stalingrad ein so guter Gegner – solche Männer wie Sie braucht die zukünftige Armee der DDR.“ Mit diesen Worten soll Marschall Tschuikow, inzwischen Oberbefehlshaber der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, Korfes überzeugt haben, wieder Militär zu werden.¹⁴ Auch die Biografie von Oberst Wilhelm Adam steht beispielhaft für den Wandlungsmythos der DDR:¹⁵ Nachdem er in Stalingrad Adjutant von Friedrich Paulus, dem Oberbefehlshaber der 6. Armee, gewesen war, wurde er nach Kriegsende in Sachsen Vorsitzender der National-Demokratischen Partei (NDPD) und Minister für Finanzen, bis er 1953 wieder die Uniform anzog und Kommandeur der Offiziershochschule in Dresden wurde.

Zur Beerdigung von Paulus in Dresden erschienen 1957 viele ehemalige Wehrmachtsangehörige. Hier soll die Idee geboren worden sein, die Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere (AeO) zu gründen. Doch dies ist eine Legende. Die Gründung der AeO erfolgte auf Initiative der SED-Führung.¹⁶ Bis heute mutet es eigen-

artig an, dass ausgerechnet im Ostberliner Haus der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft eine Organisation geschaffen wurde, die eine illustre Schar ehemaliger Generäle und Offiziere der Wehrmacht vereinigte. Maßgeblich am Aufbau neuer Streitkräfte beteiligt, ließen die Stalingrader in der Öffentlichkeit kaum eine Gelegenheit aus, die patriotischen, nationalen und vor allem friedliebenden Fundamente der DDR-Politik zu unterstreichen – und sie zugleich der Politik der Bundesrepublik abzusprechen. Gerade die nicht-kommunistische Biografie der Generäle vor ihrer postulierten Wandlung durch die Erfahrung Stalingrad versprach in der propagandistischen Auseinandersetzung mit dem Westen besondere Wirksamkeit.

So könnte man annehmen, zumindest für ein gemeinsames sowjetisch-ostdeutsches Erinnern hätte es günstige Voraussetzungen gegeben. Die Freundschaft mit der Sowjetunion besaß ab 1968 in der DDR Verfassungsrang, die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zählte mehrere Millionen Mitglieder. Doch über die Vergangenheit gab es keine Auseinandersetzung auf Augenhöhe. Die Erinnerung in der DDR galt hauptsächlich ebenfalls den sowjetischen Opfern und „Helden“ des Krieges. Selbst ein kritisches Erinnern an die Angehörigen der 6. Armee, die Täter eines barbarischen Krieges waren und in Stalingrad zugleich seine Opfer, war Tabu. Da die Wehrmacht undifferenziert als faschistisch betrachtet wurde, war das Gedenken an die deutschen Gefallenen in der DDR unerwünscht. Die Freundschaft zum „großen Bruder“ Sowjetunion wurde im Laufe der Zeit immer stärker ritualisiert. Die staatlich verordnete Beziehung blieb weitgehend Fassade, obgleich es dahinter durchaus auch private Freundschaften gab. Mehrfach fanden aufwendig inszenierte „Festivals der Freundschaft zwischen dem Komsomol und der FDJ“ statt, eines davon 1977 in Wolgograd. Höhepunkt war ein Fackelzug Tausender Jugendlicher zur „Mutter Heimat“ auf dem Mamajew-Hügel.

Die Erinnerung an Stalingrad in der DDR unterschied sich nicht wesentlich von der in der Sowjetunion. Auch hier wurde nach der Entstalinisierung der Terminus „große Schlacht an der Wolga“ bevorzugt. Zu allen runden Jahrestagen wurde ihr stets erhebliche Beachtung zuteil. Die Presse berichtete auf den Titelblättern, allen voran die „National-Zeitung“ der NDPD,

¹⁴ So Sigrid Wegner-Korfes im Gespräch mit dem Verfasser, 2001.

¹⁵ Vgl. Wilhelm Adam, *Der schwere Entschluß*, Berlin (Ost) 1965.

¹⁶ Vgl. Protokoll 8/57 der SED-Politbürositzung vom 15.2.1957, SAPMO-BArch, J IV 2/2/528, Bl. 11.

die zu diesen Anlässen häufig prominente Stalingrad-Offiziere für sich schreiben ließ. In der Honecker-Ära verschoben sich die politischen Gewichtungen. Berichte über die Schlacht wurden im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ nunmehr ausschließlich von sowjetischen Autoren, zumeist Generälen, verfasst. Betont wurde die Kampfkraft der Roten Armee und ihr herausragender Anteil an der Zerschlagung des Faschismus – als Warnung für die aktuellen Gegner im Kalten Krieg.

ДРУЖЕСТВЕННАЯ СВЯЗЬ МЕЖДУ ГОРОДАМИ

Die „freundschaftliche Verbindung zwischen Städten“, wie diese Überschrift heißt, also Städtepartnerschaften, begründeten seit Ende der 1980er Jahre neue Formen gemeinsamer Geschichtsaufarbeitung. Für einen historischen Ausgleich bedarf es jedoch nicht nur Kenntnisse der Sprache des Anderen, um ihn zu verstehen. Es bedarf auch einer Akzeptanz anderer Denkweisen und kultureller Prägungen sowie des Bemühens, sie mit dem Eigenen in Verbindung zu bringen.

Bereits in den 1970er Jahren knüpften Westberliner Gewerkschaften – nicht ganz offiziell – Kontakte mit den Gewerkschaften in Wolgograd. 1991 veranstaltete dann der Deutsche Gewerkschaftsbund Berlin/Brandenburg, nunmehr offizieller Partner der Wolgograder Gewerkschaften, zum ersten Mal in der Geschichte eine Ausstellung über die Schlacht um Stalingrad, in der man sich bemühte, beide Seiten gleichberechtigt zu Wort kommen zu lassen und das Gemeinsame im scheinbar Trennenden auszuloten.¹⁷ Eine wichtige Zäsur in der Geschichte des Gedenkens an die Schlacht war 1999 die Einweihung des deutschen Friedhofs in Rossoschka, etwa 40 Kilometer vom heutigen Wolgograd entfernt. Ihm benachbart ist ein russischer Soldatenfriedhof. Verbunden werden beide Stätten durch die 2013 errichtete Friedenskapelle des Kasseler Architekten Jürgen von Reuß.

Wie wichtig für wirklich gemeinsames Gedenken und Erinnern die Akzeptanz in der Be-

völkerung jenseits der Staatsräson und Initiativen „von unten“ sind, beweisen die deutschen Städtepartnerschaften mit Wolgograd: Seit 1988 gibt es sowohl mit Köln als auch mit Chemnitz (damals noch Karl-Marx-Stadt) entsprechende Verbindungen. Besonders der rege Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft in Köln – eine Gründung von Bürgerinnen und Bürgern, der einige Jahre später die Gründung eines Partnervereins in Wolgograd folgte – hat über Jahrzehnte feste Kontakte zu Wolgogradern geknüpft, aus denen viel gegenseitiges Verständnis erwuchs.¹⁸ Jüngst entstand daraus sogar eine Schulpartnerschaft der Europaschule Köln-Zollstock und des Wolgograder Gymnasiums Nr. 6.

Dass Versöhnung und gemeinsames Gedenken möglich sind, unterstreichen auch die Aktivitäten jüngerer Generationen, deren Biografien nicht mehr durch eigenes Kriegserleben belastet sind. Vielleicht bedurfte es dieser Distanz, nach all den von Deutschland ausgehenden und später wechselseitig verübten Verbrechen, um die gemeinsame historische Erfahrung auch in eine gemeinsame Erinnerung einfließen zu lassen. Heute gibt es verschiedene Initiativen und Programme für einen gegenseitigen Jugendaustausch. Die Außenminister Russlands und Deutschlands verkündeten im März 2016 in Moskau als Schirmherren das deutsch-russische Jahr des Jugendaustausches 2016/17 der Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch. Die Stiftung fördert Projekte wie etwa das Projekt „Völkerverständigung: Stalingrad/Wolgograd – Geschichte des zweiten Weltkriegs“ des Max-Planck-Gymnasiums München oder die Erarbeitung und Aufführung der Kantate „Die Madonna von Stalingrad“ durch die SingAkademie Niedersachsen und den Studentenorchester der Finanzuniversität Moskau im Rahmen einer Musikwoche. Über sieben Jahrzehnte nach den blutigen Kämpfen scheint die Zeit gekommen, der Schlacht schließlich doch gemeinsam gedenken zu können.

JENS EBERT

ist promovierter Germanist und Historiker. Er arbeitet als freier Publizist in Berlin und hat mehrere Bücher und Artikel zur Literatur-, Kultur- und Mentalitätsgeschichte des 20. Jahrhunderts veröffentlicht.

www.jens-ebert-berlin.de
office@jens-ebert-berlin.de

¹⁷ Vgl. DGB Landesbezirk Berlin/Brandenburg (Hrsg.), Stalingrad – Briefe aus dem Kessel, Berlin 1991.

¹⁸ Siehe die Homepage des Vereins zur Förderung der Städtepartnerschaft Köln-Wolgograd e. V.: wp.wolgograd.de.

MEHR EXPERTISE WAGEN

Russland- und Osteuropakompetenz in Deutschland

Manfred Sapper

Deutschland hat ein neues Osteuropainstitut: Ende März 2017 wurde in Berlin das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien eröffnet. Es verfügt über ein Jahresbudget von 2,5 Millionen Euro und wird vom Auswärtigen Amt finanziert. Doch das ZOiS wird keine nachgeordnete Behörde für Auftragsforschung sein. Eine Stiftung, deren einziger Zweck darin besteht, das Zentrum zu betreiben, soll seine Unabhängigkeit garantieren. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind einzig der Freiheit der Wissenschaft verpflichtet. Das Institut hat drei Aufgaben: Es soll sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung über Russland und den postsowjetischen Raum betreiben, Politik und Öffentlichkeit über die dortigen Entwicklungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft informieren sowie akademische Nachwuchsförderung betreiben.⁰¹

Im Koalitionsvertrag 2013 hatten sich CDU/CSU und SPD darauf verständigt, „die Russland- und Osteuropakompetenz in Deutschland auf eine solide Grundlage“ zu stellen und „die wissenschaftlich-analytische Expertise über diese Region“ zu stärken.⁰² Zu diesem Zweck beschloss der Bundestag im Dezember 2015 die Gründung eines Instituts. Bereits im Oktober 2016 nahm die frisch berufene Direktorin, die Politikwissenschaftlerin Gwendolyn Sasse, die zuvor in England geforscht und gelehrt hatte, mit einem Kernteam die Arbeit des Zentrums auf. Wer jemals etwas mit Politik sowie Verwaltung und ihren besonderen Zeitabläufen zu tun hatte, erkennt sofort: Das Tempo ist bemerkenswert. Bemerkenswert ist auch, dass noch im Jahr 2013 das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) denselben Vorschlag, ein solches Institut aufzubauen, abgelehnt hatte. Was bewirkte dann, dass sich der Bundestag so schnell der Sache annahm?

UNMÜNDIGKEIT UND UMBRUCH

Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass das ZOiS zwei Geburtshelfer hat: erstens die Einsicht von

Abgeordneten und Diplomaten in die selbstverschuldete Unmündigkeit; zweitens den Umbruch in der Ukraine, auf den Russland im Frühjahr 2014 mit der Annexion der Krim und dem Krieg in der Ostukraine reagierte. Davon wurden Politik und Öffentlichkeit in Deutschland und der EU kalt erwischt. Wohl niemand im Auswärtigen Amt hatte sich vorstellen können, dass Russlands Führung bereit sein würde, sich über die Grundlagen der europäischen Friedensordnung hinwegzusetzen und ein Gebiet eines souveränen Nachbarstaats zu annektieren.

Zu lange hatte Berlin seine Russlandpolitik an einem Wunschbild ausgerichtet. Da war noch von „Modernisierungspartnerschaft“ und „Wandel durch Verflechtung“ die Rede, als bereits jeder sehen konnte, dass es Russlands Elite nicht um die gesellschaftliche und wirtschaftliche Modernisierung des Landes, sondern primär um den Machterhalt und die Milliarden aus dem Öl- und Gasgeschäft ging. Vom „Wandel“ hatte die herrschende Elite seit Putins Amtsantritt 1999 ihre eigene Vorstellung: Sie unterwarf sich die Schlüsselbranchen der Wirtschaft, zerstörte die Ansätze von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, untergrub die regionale Selbstverwaltung, schränkte die Pressefreiheit und bürgerlichen Freiheiten ein, kriminalisierte die Opposition, beschnitt die Spielräume der Gesellschaft und stigmatisierte Menschenrechtler und Nichtregierungsorganisationen als „ausländische Agenten“. Auf diese Weise wurde eine autoritäre Ordnung errichtet. Dass dies nicht ohne Folgen für Russlands Außenpolitik bleiben konnte, liegt auf der Hand. Doch bei der Analyse der russischen Außenpolitik und der Implikationen für die EU spielte dies kaum eine Rolle. Zu stark dominiert in der operativen Politik der westeuropäischen Staaten das staatszentrierte, pragmatische Denken. Da lautet die Regel, dass es besser sei zu schweigen, als durch Kritik die Situation nur noch zu verschlimmern.

Es gehört zur Ironie der Geschichte, dass ausgerechnet der Euromajdan in der Ukraine Politik und Öffentlichkeit klarmachte, wie groß der Bedarf an Wissen über Russland und den postsowjetischen Raum ist. Als ganz Europa gebannt auf Kiew, die Krim und den Krieg in den Gebieten Donezk und Lugansk blickte, trat zutage, welche Ahnungslosigkeit in der EU von der Ukraine, den Motiven der russischen Führung und ihrem Weltbild sowie vom Verhältnis zwischen Russland und der Ukraine herrschte. Da bildete Deutschland leider keine Ausnahme. Denn solange Fachwissen nur punktuell verfügbar ist und es an einer kritischen Masse fehlt, um Themen zu setzen und öffentlich zeitdiagnostische Deutungsarbeit zu betreiben, wird es kaum rezipiert.

Die Unwissenheit ging so weit, dass mit Helmut Schmidt gar ein Ex-Bundeskanzler die Existenz einer ukrainischen Nation öffentlich bezweifelte. Dabei vollzog sich jede Nationsbildung in Europa, auch die deutsche, nach denselben Abläufen wie nun die verspätete in der Ukraine. Und mit Erhard Eppler verlangte ein ehemaliger Bundesminister unter Verweis auf 27 Millionen Kriegsoffer, die Russland durch den deutschen Überfall im Zweiten Weltkrieg zu beklagen gehabt habe, sich mit Kritik an Russland zurückzuhalten – als habe der Krieg nicht auch Belarussen, Ukrainer, Juden, Balten oder Tataren betroffen. Da war von einer Spaltung der Ukraine zwischen russischsprachigen und ukrainischsprachigen Bürgern die Rede – als seien Sprache und politische Orientierung deckungsgleich.

Vor allem in TV-Talkshows herrschte intellektueller Notstand, wenn es etwa galt, zwischen Ethnos und Demos zu unterscheiden sowie Staatsbürger Russlands und russischsprachige Staatsbürger der Ukraine auseinanderzuhalten. Denn aus der Existenz Letzterer folgt keineswegs, dass man Russland ein legitimes Interesse am Schutz seiner „Landsleute“ jenseits der Grenzen zubilligen sollte. Auch der Hinweis, dass Russlands Wiege in Kiew stehe und es deshalb „natürliche Interessen“ im Nachbarland habe, durfte nicht fehlen. Diese These ist etwa so haltbar wie die Vorstellung, dass Deutschland aus der gemeinsamen karolingischen Vergangenheit mit Frankreich doch wieder territoriale An-

sprüche auf Elsass und Lothringen ableiten könnte. Kurzum: In Öffentlichkeit und Politik ging es in Sachen Osteuropakenntnis drunter und drüber.⁰³ Verschärft wurde diese Ahnungslosigkeit dadurch, dass es auch in den gegenwartsbezogenen Disziplinen wie der Politikwissenschaft an Expertise mangelt, die zur Aufklärung hätte beitragen können. Bis heute gibt es zum Beispiel an keiner deutschen Universität einen Lehrstuhl für Ukrainestudien.⁰⁴

FALSCHER WEICHENSTELLUNGEN UND LANGE TRADITIONEN

Verantwortlich für diesen Zustand sind falsche Weichenstellungen. Nach dem wundersamen Jahr 1989 und der Auflösung der Sowjetunion 1991 war die Annahme weit verbreitet, dass nun überall zwischen Oder und Wladiwostok Demokratie und Marktwirtschaft Einzug hielten und Staat und Gesellschaft genau wie westliche funktionieren würden. Die Kenntnis von Sprachen, Ländern und Regionen schien verzichtbar. Universitätsleitungen strichen einschlägige Lehrstühle, um Einsparungen zu erzielen, Fakultäten widmeten Lehrstühle um: Wo gestern die Erforschung der sowjetischen Außenpolitik auf dem Programm gestanden hatte, ging es nun um Europäische Integration. Sieht man von der Osteuropäischen Geschichte als Disziplin ab, ging die Ausbildung von wissenschaftlichem Nachwuchs mit Russlandprofil stark zurück. Eine Koordination unter den Universitäten fand nicht statt. Es entsprach dem Geist der Zeit, dass auch die Bundesregierung das Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst) in Köln zum Ende des Jahres 2000 schloss.

Die Annahme, dass nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Ordnung die Beschäftigung mit Russland und Osteuropa obsolet sei, war ahistorisch. Denn der Osten Europas hatte aufgrund seines Eigengewichts und der ge-

03 Vgl. Anna Veronika Wendland, *Hilfflos im Dunkeln*. „Experten“ in der Ukraine-Krise: eine Polemik, in: *Osteuropa* 9–10/2014, S. 13–34.

04 Die Viadrina in Frankfurt/Oder will eine halbe (!) Professur für Ukrainestudien einrichten. An der Forschungsstelle Osteuropa Bremen entstehen unter Leitung von Heiko Pleines, der selbst über fundierte Ukrainekenntnisse verfügt, einige Dissertationen mit Ukrainebezug. In der Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin arbeitet die Ukraine-Expertin Susan Stewart. Eine akademische Belarus-Expertise fehlt in Deutschland.

01 Siehe www.zois-berlin.de.

02 Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 18. Legislaturperiode, 13. 12. 2013, S. 169.

wachsenen Verflechtungen eine besondere Bedeutung für Deutschland. Das war den Gründungsvätern der deutschen Russlandforschung – Mütter gab es keine – von Anfang an klar, als sie 1892 an der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität ein Extraordinariat für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde einrichteten, aus dem 1902 das erste Seminar für Osteuropäische Geschichte hervorging. Sie legten damit die Grundlage für den Aufstieg der deutschen Osteuropaexpertise. Zur Zeit der Weimarer Republik war Berlin das weltweite Zentrum der Russlandstudien.⁰⁵ Von dort breitete sich die Osteuropäische Geschichte als Disziplin über ganz Deutschland aus. Die Zahl der Lehrstühle wuchs enorm.⁰⁶

Bis heute ist die deutsche Russlandforschung stark historisch ausgerichtet. An zwei Dritteln aller deutschen Universitäten gibt es entsprechende Lehrstühle, von denen die meisten der Geschichte der Sowjetunion und Russland im 19. Jahrhundert gewidmet sind. Das ist ein wertvolles Kapital, denn etliche dieser Osteuropahistoriker oder -historikerinnen bieten bestes Orientierungswissen. Stellvertretend seien Karl Schlögel (Berlin) und Martin Schulze Wessel (München) genannt.

Lange Traditionen sind für die deutsche Osteuropaforschung charakteristisch. Seit 1913 gibt es die Deutsche Gesellschaft zum Studium Russlands, aus der die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO) hervorgegangen ist. Diese ist heute ein Knotenpunkt des Know-how-Transfers zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit. 1925 gründete der Historiker Otto Hoetzsch, Spiritus Rector der deutschen Russlandforschung, die Zeitschrift „Osteuropa“. Auch diese gibt es bis heute.⁰⁷ In all dem kommt die besondere Stellung Osteuropas in der deutschen Geschichte zum Ausdruck, die mit der deutschen Ostsiedlung um das Jahr 1000 begann. Vergleichbare Einrichtungen wie eine „Deutsche Gesellschaft zum Studium Westeuropas“ oder eine Zeitschrift „Westeuropa“ gab und gibt es nicht. Auf seinem „Langen Weg nach Westen“ (Heinrich August Winkler) war Deutschland noch nicht weit gekommen.

WENIGER ODER MEHR RUSSLAND

Ungeachtet der aktuellen Entfremdung ist Deutschland heute mit Russland enger verflochten als dies über weite Strecken des vergangenen Jahrhunderts der Fall war. Als Energielieferant und Handelspartner hat Russland – trotz der Sanktionen und Gegensanktionen – erhebliche Bedeutung. Deutschland hat eine Schlüsselstellung in der EU inne und prägt auch die europäische Russlandpolitik. Das zeigten die Minsk-Verhandlungen über den Waffenstillstand in der Ostukraine deutlich. Kaum ein anderer EU-Staat ist gesellschaftlich so eng mit Russland verflochten wie Deutschland. Etwa drei Millionen russischsprachige Menschen leben in Deutschland und pflegen ihre Beziehungen zur ursprünglichen Heimat.⁰⁸

Zwar ist richtig, dass Russland heute nicht die Bedeutung hat wie damals die Sowjetunion. Aber daraus sollte nicht geschlossen werden, dass die gegenwärtig vorhandene Expertise ausreiche. Der Politikwissenschaftler Klaus Segbers konstatierte etwa: „Es sollte auch nicht so getan werden, als sei Russland ein globaler Akteur. Das ist es nicht. Ja, es ist ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat, verfügt über Nuklearwaffen sowie über Öl und Gas. Sonst aber gibt es wenig zu exportieren, erst recht keine ‚soft‘ und keine ‚smart power‘. Die kulturelle Ausstrahlung ist gering. Kurzum: Russland wird überschätzt.“ Sein daraus gezogener Schluss – „Wir könnten (und sollten) uns weniger und weniger aufgeregt mit diesem Land befassen“ – weist jedoch in die falsche Richtung.⁰⁹

Denn es sind gerade der Verlust der globalen Rolle, die relative Schwäche und der Abstieg des Landes, die Russlands Politik heute bestimmen. Die Auflösung der Sowjetunion ist nicht vorbei. Wenn diese für Putin bekanntlich „die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ ist, bestimmt dann die sowjetische Größe nicht zwangsläufig das politische Denken und Handeln? Im Weltbild der Elite und großer Teile der russischen Bevölkerung ist das Ende der UdSSR keine akzeptierte und in ihren Folgen verarbeitete

05 Vgl. Karl Schlögel, *Berlin Ostbahnhof Europas. Russen und Deutsche in ihrem Jahrhundert*, Berlin 1998, v.a.S. 308–324.

06 Vgl. Dittmar Dahlmann (Hrsg.), *Hundert Jahre Osteuropäische Geschichte*, Stuttgart 2005.

07 Siehe www.dgo-online.org und www.zeitschrift-osteuropa.de.

08 Unter ihnen sind die „Russlanddeutschen“ mit rund 2,3 Millionen Menschen die größte Gruppe. Vgl. Jannis Panagiotidis, *Postsowjetische Migranten in Deutschland. Perspektiven auf eine heterogene „Diaspora“*, in: APuZ 11–12/2017, S. 23–30.

09 Klaus Segbers, *Mit Moskau gibt es nichts zu bereuen*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.10.2016, S. 8.

Tatsache. Wo verlaufen Russlands Grenzen? Welche Menschen gehören zu Russland? Fragen wie diese sind noch immer virulent.

Und woher, wenn nicht aus der Erfahrung der sowjetisch-amerikanischen Bipolarität, kommt die Fixierung der russischen Elite auf die USA, die Forderung nach Augenhöhe? Wer regelmäßig an deutsch-russischen Foren wie etwa den „Schlangenbader Gesprächen“ teilnimmt, kann Jahr für Jahr hören, wie russische Spitzendiplomaten, Politiker und Polittechnologien im beleidigten Kamerton über Amerika klagen. Da wird klar, dass man es mit einer tief gekränkten Elite zu tun hat. Daher rühren auch die Empörung über die Etikettierung Russlands als „Regionalmacht“ durch den ehemaligen US-Präsidenten Barack Obama sowie die Stabilität der Verschwörungstheorie, dass hinter jeder Demonstration im postsowjetischen Raum die USA stecken müssten.

Doch der Machterhaltungsreflex und das postimperiale Syndrom erklären nicht alles. Das historisch entstandene und geschichtspolitisch über alle Umbrüche hinweg tradierte ethnonationale und reichsterritoriale Denken, das die Annexion der Krim für viele Menschen in Russland so plausibel macht, oder die seit den 1960er Jahren gewachsenen Beziehungen vieler Militärs und Angehöriger der sowjetisch sozialisierten Elite mit Syrien lassen sich nicht ignorieren. Schließlich verfügt Russland mit seinem Militärpotenzial über gehörige *hard power*, welche die Führung auch bereit ist einzusetzen.

All das gilt es zu analysieren und zu erklären. Die Herausforderungen, vor denen eine interdisziplinäre Russlandforschung steht, sind enorm. Eine Bestandsaufnahme hatte 2012 ergeben, dass die deutsche Russlandexpertise in den Fächern Volkswirtschaft, Rechtswissenschaft, Soziologie und Politologie gering ist.¹⁰ Im Kern gilt dieser Befund bis heute. Der Neuaufbau von wissenschaftlicher Expertise kostet Zeit, und er bedarf der institutionellen Verstetigung. Einige neue Strukturen sind bereits entstanden.

STRUKTURPROBLEME UND STRUKTURBILDUNG

An der Universität München war zunächst das Kompetenznetz Institutionen und institutioneller Wandel im Postsozialismus (KomPost) angesie-

delt. Diesen Verbund von 13 Forschungsprojekten hatte das BMBF von 2010 bis 2015 finanziert. Im Zusammenhang mit dem Elitestudiengang Osteuropastudien und der gemeinsam mit der Universität Regensburg betriebenen Graduiertenschule ist es nun gelungen, die Russlandkompetenzen auszubauen: Der Historiker Andreas Renner hat die Interaktionen zwischen Russland und Nordostasien im Blick. 2016 wurde zudem der Ökonom Alexander Libman als Professor für sozialwissenschaftliche Forschung berufen. Er untersucht informelle Praktiken und Bürokratie im postsowjetischen Raum, nimmt Regionen und Regionalisierung sowie die Bedeutung historischer Vermächtnisse (*legacies*) für die aktuelle Entwicklung in den Blick. Doch die Annahme, dass diese Berufung dazu beitragen wird, endlich den Mangel an volkswirtschaftlicher Russlandexpertise zu überwinden, ist voreilig. Denn es gibt strukturelle Restriktionen.

Zwar gibt es einen großen Bedarf an volkswirtschaftlichen Untersuchungen zu Russland: Wann und unter welchen Bedingungen funktionieren Sanktionen? Was sind ihre wirtschaftlichen Folgen? Wie steht es um die Kooperation von EU und Eurasischer Wirtschaftsunion? Doch ausgerechnet bei den Wirtschaftswissenschaften hat die Nachfrage etwa nach Branchenexpertise zu Russlands Energie- oder Rüstungswirtschaft keine Auswirkungen auf das Angebot. Denn in der Volkswirtschaftslehre beißen sich die methodologischen Anforderungen an den wissenschaftlichen Nachwuchs mit der Fokussierung auf ein Land: Wer in seiner Disziplin etwas werden will, ist gezwungen, den nahezu kanonischen experimentellen Ansatz anzuwenden, der davon ausgeht, dass ökonomische Prozesse universell sind und Gesetzmäßigkeiten durch ökonometrische Verfahren nachzuweisen sind. Die Spezialisierung auf ein Land gilt als kontraproduktiv. Insofern wird Russlandexpertise unter Volkswirten eine Seltenheit bleiben. Wer daran etwas ändern will, muss andere institutionelle Anreizstrukturen schaffen.

In Leipzig ist unter Federführung des Instituts für Länderkunde (IfL) der Leibniz-Wissenschaftscampus „Eastern Europe – Global Area“ (EEGA) entstanden.¹¹ Getragen von acht Partnerinstitutionen aus Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt soll der Campus neue Forschungsperspektiven auf das östliche Europa entwickeln und Nachwuchs fördern. Inhaltlich geht es darum,

¹⁰ Vgl. Manfred Sapper, Niedergang und Neuanfang. Die Krise der deutschen Russlandexpertise, in: Osteuropa 6–8/2012, S. 505–520.

¹¹ Siehe www.leibniz-eeega.de.

den eurozentrischen Blick auf die Globalisierung zu überwinden und aus der Binnenperspektive zu analysieren, wie sich die osteuropäischen Gesellschaften an die Globalisierung anpassen oder wie es um Migration und Mobilität steht. Russland und Osteuropa sind hier in größere Zusammenhänge eingebettet. Strukturbildend wirkt die Leibniz-Gemeinschaft auch mit der Neuaufnahme des Instituts für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg (IOS) und des Geisteswissenschaftlichen Zentrums Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas Leipzig (GWZO), wodurch die geisteswissenschaftliche und historische Forschung zum östlichen Europa gestärkt werden soll.¹² Die Leibniz-Gemeinschaft hat zudem eine „Projektgruppe Östliches Europa“ ins Leben gerufen, um komplementäre Kompetenzen der Institute zusammenzuführen, Synergien auch in der internationalen Forschungskooperation zu schaffen und gezielt Politikberatung anzubieten.

Neben derartigen Strukturen und Institutionen gibt es mehr oder weniger freischwebende Einzelkämpfer, die intellektuellen Eigensinn mit fundierten empirischen Kenntnissen verbinden. Drei seien exemplarisch genannt: Der Soziologe Mischa Gabowitsch vom Einstein Forum Potsdam untersucht mit einem breiten international vergleichenden Ansatz Protestverhalten, Praktiken und Kulturen der Erinnerung sowie gesellschaftlichen Wandel.¹³ Der Politologe Andreas Heinemann-Grüder widmet sich am Bonn International Center for Conversion (BICC) einer vergleichenden Föderalismusforschung und wendet Fragestellungen aus der Friedens- und Konfliktforschung sowie der Gewaltsoziologie auf Russland, die Ukraine und Zentralasien an.¹⁴ Und der schweizer Kulturwissenschaftler Ulrich Schmid von der Universität Sankt Gallen ist mit seiner ungewöhnlichen Brandbreite und Produktivität ein *one man think tank* eigener Art.¹⁵

12 Zu den Instituten der Leibniz-Gemeinschaft, die Forschung zum östlichen Europa betreiben, zählen auch das Herder-Institut Marburg, das Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien in Halle an der Saale sowie mit Einschränkungen das Institut für Länderkunde Leipzig oder das Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam.

13 Vgl. Mischa Gabowitsch, *Putin kaputt!? Russlands neue Protestkultur*, Berlin 2013.

14 Siehe auch den Beitrag von Andreas Heinemann-Grüder in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

15 Vgl. Ulrich Schmid, *Technologien der Seele. Vom Verfertigen der Wahrheit in der russischen Gegenwartskultur*, Berlin 2015; ders., *Die Ukraine zwischen Ost und West*, Zürich 2015.

Gleichwohl gibt es Politikfelder, die in der akademischen Welt kaum mehr bearbeitet werden. Wer hier fundierte Expertise benötigt, der möge sich neue Gewährsleute suchen. Das gilt für den gesamten Medienbereich, von der Pressefreiheit über die Medienregulation bis zur Dialektik digitaler Technologien, die gleichzeitig Freiheitsversprechen und Überwachungsinstrumente sind. Dasselbe gilt für den Bereich der Zivilgesellschaft: Nach einer Konjunktur in den frühen 1990er Jahren ist sie als Thema akademischer Betrachtungen tot. Das ist absurd – angesichts des Willens der Machthaber von Aserbaidschan bis Zentralasien, ihre Gesellschaften zu kontrollieren und zu klonieren und Gesellschaft als staatliche Veranstaltung zu imitieren. Auch die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit sind ein solcher Bereich. Für all diese Felder haben Nichtregierungsorganisationen wie Reporter ohne Grenzen, das EU-Russia Civil Society Forum oder Ehrenamtliche wie der Russlandexperte von Amnesty International, Peter Franck, eine solide Expertise aufgebaut. Sie sind jedoch weitgehend „Einzelkämpfer“.

NEUE PRIORITÄTEN

Schließlich gilt es, neue Expertise abzurufen, die bislang kaum beachtet wurde. Hier wären etwa die Theologie und die Ideengeschichte zu nennen: Seit Putin seine dritte Präsidentschaft angetreten hat, stilisiert sich Russland zunehmend als Verteidiger vermeintlich traditioneller Werte. Russlands Führung begründet damit ihre Abgrenzung vom „dekadenten Westen“, in dem angeblich die Religion verfolgt, die Familie unterminiert sowie Pädophilie und Homosexualität zur Zerstörung der Ehe propagiert würden.¹⁶ Nach dieser Lesart gehört Russland zu den Gegenspielern der Moderne. Als Bündnispartner und Legitimationsres-

16 Vgl. Hans Joachim Spanger, *Unheilige Allianz. Putin und die Werte*, in: *Osteuropa* 1/2014, S. 43–62.

17 Vgl. Kristina Stoeckl, *The Russian Orthodox Church and Human Rights*, New York 2014; Thomas Bremer, *Diffuses Konzept: Die Russische Orthodoxe Kirche und die „Russische Welt“*, in: *Osteuropa* 3/2016, S. 3–18; ders., *Kreuz und Kreml*, Freiburg/Br. 2016²; Regina Elsner, *Herausforderung Moderne. Die Russische Orthodoxe Kirche im Spannungsfeld von Einheit und Vielfalt*, Würzburg 2017 (i. E.).

18 Vgl. Michael Hagemeister, *„Bereit für die Endzeit“*. Neobyzantinismus im postsowjetischen Russland, in: *Osteuropa* 11–12/2016, S. 15–43; ders., *Die „Protokolle der Weisen von Zion“ vor Gericht. Der Berner Prozess 1933–1937 und die „antisemitische Internationale“*, Zürich 2017.

source fungiert die Russische Orthodoxe Kirche. Zunehmend scheint sie zu einer ideologischen Ressource auch für die Außenpolitik zu werden. Das lässt fundiertes Wissen über die Orthodoxe Kirche und die theologischen Hintergründe ihres Europabilds oder des antimodernen Denkens wichtiger werden. Die Arbeiten der Soziologin Kristina Stoeckl (Innsbruck), der Theologen Thomas Bremer (Münster) und Vasilios N. Makrides (Erfurt), des Religionshistorikers Alfons Brüning (Nijmegen) oder der Religionswissenschaftlerin Regina Elsner (Berlin) gewinnen an Bedeutung.¹⁷

Die vorhandenen Kenntnisse über Argumentationsfiguren aus der russischen Religionsphilosophie und Ideengeschichte sind bislang dünn gesät. Mögen sie auch noch so substantiell sein, sie werden kaum rezipiert. Die Bochumer Philosophen Nikolaj Plotnikow und Michael Hagemeyer können davon ein Lied singen. Insbesondere Hagemeyers skrupulöser Arbeit verdanken wir Grundlegendes über Nikolai Fjodorows Philosophie oder die biopolitischen Utopien in Russland zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Die letzten of-

fenen Fragen zum Klassiker der antisemitischen Verschwörungstheorie „Die Protokolle der Weisen von Zion“ hat er ausgeräumt.¹⁸ Jede seiner Arbeiten ist an empirischer Dichte und Urteilskraft vorbildlich. Elend ist nur, dass bislang niemand zu sehen ist, der seine Nachfolge antreten könnte. Auch der Generationswechsel gehört zu den Herausforderungen, vor denen die Russlandforschung steht.

Ob das ZOiS zu all dem etwas beizutragen hat, ist fraglich. Vor zu großen Erwartungen sei gewarnt. Dazu ist das Zentrum zu klein, der Untersuchungsraum zu groß und das Themenspektrum zu breit. Aber die Gründung des ZOiS ist ein politisches Signal, dass uns angeht, was in Russland und im postsowjetischen Teil Europas passiert. Wir haben allen Grund dazu.

MANFRED SAPPER

ist promovierter Politikwissenschaftler und Chefredakteur der Zeitschrift „Osteuropa“, Berlin. sapper@dgo-online.org

Politisch, aktuell und digital

APuZ – auch im ePub-Format
für Ihren E-Reader. Kostenfrei auf
www.bpb.de/apuz



Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Telefon: (0228) 9 95 15-0



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 12. Mai 2017

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash
Anne-Sophie Friedel
Christina Lotter (Volontärin)
Johannes Piepenbrink (verantwortlich für diese Ausgabe)
Anne Seibring
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
twitter.com/APuZ_bpb

APuZ
Nächste Ausgabe
23–25/2017, 6. Juni 2017
STEUERPOLITIK

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
fs-medien@intime-media-services.de

Die Veröffentlichungen in Aus Politik und Zeitgeschichte
stellen keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar;
sie dienen der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter
einer Creative Commons Lizenz vom Typ
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine
Bearbeitung 3.0 Deutschland.



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz